

MUTIG FÜR EUROPA!

WAHLPROGRAMM



INHALT WAHLPROGRAMM

1	WER BRAUCHT SCHON UMWELT- UND KLIMASCHUTZ?	6
	1.1. EUROPA ALS GLOBALER TAKTGEBER FÜR KLIMASCHUTZ UND DIE ENERGIEWENDE	6
	Globale Führungsrolle beim Klimaschutz	6
	Kohle und Atomkraft den Geldhahn abdrehen – Stopp aller Subventionen für fossile Energie	7
	100% Erneuerbare: EU als Weltmarktführer für die Energiezukunft und saubere Autos	7
	1.2. FÜR EIN ATOMKRAFTFREIES EUROPA	7
	Europäischer Atomausstieg	7
	Euratom-Vertrag auflösen	8
	1.3. VERKEHR: EUROPA AUF SCHIENE BRINGEN	8
	Attraktive, rasche Zugverbindungen und günstige, europäische Zugtickets	8
	Keine Steuerprivilegien für den Flug- und Schiffsverkehr	8
	Vorreiter in Sachen saubere Verkehrstechnologien	9
	Nachhaltige Mobilität statt Transitbelastung und Luftverschmutzung	9
	1.4. UMWELT UND NATUR SCHÜTZEN	10
	Umweltsünden bestrafen – Informationsrechte gewährleisten	10
	Natur und Artenvielfalt schützen	10
	Europa vom Plastikmüll befreien	10
	Trinkwasser und Gewässer schützen	10
2	WER BRAUCHT SCHON GESUNDE LEBENSMITTEL?	11
	Strukturwandel der Landwirtschaft	11
	Drin ist, was drauf steht: europaweite Kennzeichnung und strengste Qualitätskontrollen	12
	Insekten- und Vogelsterben stoppen – Glyphosat vom Acker!	12
	Tierwohl respektieren	12
	Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken – ohne Gentechnik	12
	Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben!	12
	Fairer Handel auch in der Landwirtschaft	13
	Fischbestände schützen	13
3	WER BRAUCHT SCHON GERECHTIGKEIT?	14
	3.1. FAIRER HANDEL: KLIMASCHUTZ, SOZIALE STANDARDS UND NACHHALTIGKEIT ALS GRUNDLAGE	14
	Handel fair gestalten	15
	Demokratisch und transparent	15
	Nachhaltigkeit als Grundlage	15
	Faire Rohstoffpolitik	16
	3.2. STEUERPRIVILEGIEN ABSCHAFFEN – DIE FINANZMÄRKTE ZÜGELN	16
	Steuerdumping beenden	16
	Steuergerechtigkeit statt Tricksereien und Intransparenz	16
	Europäisches Kartellamt	17
	Umsetzung der Finanztransaktionssteuer	17
	Banken streng beaufsichtigen	17
	EU-Haushalt neu orientieren	17
	Spielraum in der Fiskalpolitik	17
	3.3. NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN	18
	Regionale Wirtschaft stärken	18
	In Europas Zukunft investieren	18
	Innovation & Digitalisierung: Übergang in das postfossile Industrie-Zeitalter	18
	Nachhaltige Veranlagungen	18

34. SOZIALUNION: EUROPaweIT Soziale Standards	19
Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren	19
Soziale Qualitätsstandards in ganz Europa – Aus für Sozialdumping	19
Mindestlöhne in ganz Europa	20
Inklusion: Für ein barrierefreies Europa	20
Gesundheit	20
35. GLEICHE LöhNE FÜR FRAUEN UND MÄNNER	20
36. VERBRAUCHER*INNEN-RECHTE STÄRKEN	21
Die Privatsphäre des Menschen schützen.	21
Produkte nachhaltiger und sicherer machen	21
4 WER BRAUCHT SCHON GRUND- UND MENSCHENRECHTE?	22
4.1. MIT HERZ UND HIRN FÜR EIN EUROPA DER MENSCHLICHKEIT	22
Das Recht auf Asyl verteidigen	22
Migration & Integration	22
4.2. GRUNDRECHTE WAHREN – RECHTSSTAATLICHKEIT SICHERN	23
Vielfalt und Gleichberechtigung leben	23
4.3. MEDIENVIELFALT, BÜRGER*INNEN-RECHTE UND ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN	23
Die Privatsphäre europaweit schützen	23
Das freie Internet ermöglichen	24
Whistleblower schützen	24
4.4. DIE EU TRANSPARENTER, DEMOKRATISCHER, EFFIZIENTER GESTALTEN	24
Stärkung des Europaparlaments	24
Transparenz und Partizipation	25
4.5. FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG IN EUROPA	25
4.6. EU ALS FRIEDENSPROJEKT: GEMEINSAME AUSSEN- UND FRIEDENSPOLITIK	26
Keine Waffenexporte an Diktatoren und Kriegsparteien	26
Internationale Solidarität und nachhaltige Entwicklung	26
Schwerpunkt Westbalkan	27
4.7. STÄDTE UND REGIONEN STÄRKEN – DASEINSVORSORGE SCHÜTZEN	27
EU-Regionalpolitik stärken und Forderungen ausweiten	27
Daseinsvorsorge statt Privatisierungsdruck	27
Sozialen Wohnungsbau unterstützen	27
Wasserversorgung schützen	27
Energie in Bürger*innenhand	28
5 WER BRAUCHT SCHON JUGENDPERSPEKTIVEN, KULTURELLE VIELFALT UND EUROPÄISCHEN AUSTAUSCH?	29
5.1. GRENZENLOS LEBEN – GRENZENLOS LERNEN	29
Jede*r Jugendliche erhält die Chance auf ein internationales Bildungsjahr	29
Europäisches Freiwilligenjahr	29
5.2. JUGENDARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN	29
5.3. EUROPÄISCHE FORSCHUNG FÖRDERN	30
Forschungsprogramm 2020	30
Schutz für bedrohte Wissenschaftler*innen	30
Aufgeklärter Umgang mit Forschung statt Fake News-Diskurs	30
5.4. KUNST UND KULTURELLE VIELFALT	30
Selbstbestimmte und unabhängige Kunst- und Kulturszene	31
Europäischen Film fördern	31

MUTIG FÜR EUROPA!

MACHEN WIR DIE EUROPAAWAHL GEMEINSAM ZUR KLIMAAWAHL!

WAS WIR AN EUROPA HABEN

Es ist kein Menschenleben her, da wurden in Europa Millionen Menschen durch Krieg und Faschismus ermordet. Soldaten lagen sich in Schützengräben gegenüber und ganze Städte und Landstriche wurden dem Erdboden gleichgemacht. Auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges entstanden die ersten Fundamente eines neuen Europa. Friede zwischen den europäischen Staaten wurde zu einem zentralen Versprechen. Wir schätzen diesen Frieden. Wir lieben die Freiheit. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt. Wir alle leben täglich Europa, wenn wir reisen, wenn wir arbeiten, wenn wir einkaufen gehen, wenn wir essen und wenn wir im Internet surfen.

WAS IN EUROPA SCHIEF LÄUFT

Und doch entfernt sich die Europäische Union immer wieder von dem, was wir uns erhofft haben. Weil die EU zu schwach und die nationalistischen Kräfte in den Mitgliedstaaten zu stark und egoistisch sind. Weil multinationale Großkonzerne ihre Interessen durchdrücken. Und weil Lobbyist*innen ihre Finger im Spiel haben. Und deshalb gilt: Weil wir Europa lieben, wollen wir die Union verbessern.

- Denken wir nur an die giftspritzende Agroindustrie! Nicht diejenigen werden gefördert, die unsere Böden und unser Wasser schützen, sich dem Tierwohl verpflichtet fühlen und die Artenvielfalt erhalten. Sondern jene Agrokonzerne, die unsere heimischen Bauern unter Druck setzen, gigantische Tierfabriken betreiben und letztlich ungesunde Nahrungsmittel produzieren.
- Denken wir nur an die Steuerschlupflöcher für Großkonzerne wie sie Amazon, Starbucks, Google und Co. sowie Superreiche nutzen! Statt diese Schlupflöcher zu schließen werde oft genug noch Steuerbetrug und Steuerflucht von willfährigen Finanzministern und Regierungschefs begünstigt. Durch diese politische Bankrotterklärung werden den Mitgliedstaaten und der Union Hunderte Milliarden an Steuereinnahmen entwendet.
- Denken wir an die Privatsphäre und das freie Internet! Während digitale Giganten wie riesige Datenkraken alles über uns sammeln und gewinnbringend verkaufen, wird die Meinungsfreiheit der Bürger*innen im Internet eingeschränkt.

Darüber hinaus werden die Grundfesten und Grundwerte Europas angegriffen. Und zwar von innen und von außen.

WAS EUROPA BEDROHT

Nationalist*innen, Klimaleugner*innen und Populist*innen (wie Le Pen, Salvini, Orbán und Strache; sowie von außen Trump und Putin) – haben sich zum Ziel gesetzt, die europäische Gemeinschaft zu spalten und den Kontinent zu destabilisieren. Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Menschenwürde sind in Gefahr. Sebastian Kurz und andere Regierungschefs machen hier aus billigem Machtkalkül mit und werden so zu Handlangern der antieuropäischen Gesellen.

WAS UNS ALLE BEDROHT

Es gibt aber noch ein ganz anderes Problem. Eines, das keine Staatsgrenzen kennt und sich nicht aufhalten lässt, wenn es einmal ins Rollen gekommen ist. Eines, das junge Menschen für ihre Zukunft auf die Straße gehen lässt. Unser Planet hat Fieber: Wir haben eine Klimakrise! Und wir rasen immer schneller auf die drohende Katastrophe zu: Überflutungen, Dürre, Hitzetote, Artensterben, steigende Meeresspiegel, Nahrungsmittelengpässe, neue Fluchtbewegungen – die Welt steht vor einem radikalen Bruch. Jedes Jahr, das weiter gezögert wird, lässt die Temperatur ansteigen. Wir sind die erste Generation, die die Auswirkung der Klimakrise spürt, aber die letzte Generation, die die Krise noch eindämmen kann.

Wenn wir beim Klimaschutz jetzt nicht liefern, sind wir geliefert.

KÄMPFEN WIR GEMEINSAM

Die Fragen, die du dir heute wie nie zuvor stellen solltest, lauten:

**Wer braucht schon KLIMASCHUTZ?
Wer braucht schon GESUNDE
LEBENSMITTEL?
Wer braucht schon
FRIEDEN? Wer braucht
schon EUROPA?
Du?**

Wenn dir auch nur eines dieser Themen wirklich wichtig ist, dann solltest du bei der EU-Wahl am 26. Mai zurück zu uns Grünen! Denn auch wenn wir nicht auf alles eine Antwort haben: Bei Klimaschutz, ökologischen Lebensgrundlagen und dem Einsatz für ein solidarisches Miteinander, da macht uns Grünen niemand etwas vor!

Wo wir uns aber nichts vormachen, ist, dass wir es alleine nicht schaffen. Wir Grüne zählen auf Menschen wie dich,

- die für Umwelt-/Klimaschutz kämpfen und unsere Naturschätze schützen wollen.
- die sich dafür einsetzen, dass die Plastikplage endet und giftige Spritzmittel wie das krebserregende Glyphosat aus unseren Nahrungsmitteln verschwindet.
- die sich dagegen auflehnen, wenn sich die Großkonzerne unter Mithilfe schwacher Finanzminister raus der Steuerverantwortung stehlen.
- die sich dafür stark machen, dass Frauen endlich gleichgestellt werden und also Chancengleichheit hergestellt wird.
- die nicht zusehen wollen, wie sich Rechtsextremismus und Nationalismus in Europa wieder ausbreiten.
- die aufstehen, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und demokratische Errungenschaften zurückgedrängt werden.

MACHEN WIR DEN 26. MAI GEMEINSAM ZUR KLIMAWAHL

Zu lange haben wir uns darauf verlassen, dass die guten Argumente am Ende gehört werden. Und zu oft wurden wir mit müden Absichtserklärungen und Ausreden abgespeist.

Jetzt ist die Zeit, uns als europaweite Grüne Bewegung auf den Weg zu machen. Jetzt ist es Zeit, Seite an Seite mit der jungen Generation für unser aller Zukunft zu kämpfen.

Jetzt ist die Zeit, den Systemwandel in Europa herbeizuführen: ökologisch, gerecht und demokratisch. Jetzt ist die Zeit, dass wir das Friedensversprechen Europas erneuern.

Komm zurück zu den Grünen. Machen wir diese Wahl gemeinsam zur Klimawahl!



Dein WERNER KOGLER und deine SARAH WIENER

1 WER BRAUCHT SCHON UMWELT- UND KLIMASCHUTZ?

1.1. EUROPA ALS GLOBALER TAKTGEBER FÜR KLIMASCHUTZ UND DIE ENERGIEWENDE

Die vom Menschen verursachte Klimaveränderung ist die größte Herausforderung unserer Generation. Versagen wir bei der Bekämpfung der Klimakrise, haben wir als politische Generation und als Gesellschaft versagt. Die Proteste und Demonstrationen der hunderttausenden Jugendlichen in aller Welt, die dem Schulstreik von Greta Thunberg aus Schweden folgten, zeigen uns ganz klar: Den jungen Menschen reicht's. Sie lassen sich nicht mehr länger gefallen, dass die Zukunft des Planeten aufs Spiel gesetzt wird, es ist nämlich ihre Zukunft, die derzeit verspielt wird. Und es sind die politischen Entscheidungsträger*innen von heute, die ihre Hausaufgaben zu machen haben. Die Klimakrise ist auch in Österreich angekommen. Auf den heißesten Hitzesommer des Jahrhunderts folgte das große Schneechaos. Ein dramatischer Fin- gerzeit wie anfällig die Natur auf den massiven Temperaturanstieg und entsprechende Wetterextreme reagiert. Dürre, Wasserknappheit, Unwetterkatastrophen und dicke Luft in den Städten führen dazu, dass Menschen krank werden und sterben. Der Klimaschutz wird zur Überlebensfrage. Es geht letztlich darum, das zu erhalten, was uns erhält.

Doch Nationalist*innen und Klimaleugner*innen haben sich zusammengeschlossen, um die notwendige Weiterentwicklung unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität zu unterbinden. Mit Fake News und ihrer Armee an Internet-Trollen versuchen sie die längst wissenschaftlich abgesicherten unangenehmen Wahrheiten zur Veränderung des Klimas zu hintertreiben und stemmen sich auf europäischer Ebene gegen ambitionierte Klimaschutzpolitik. Europa braucht jedoch jetzt eine klare Richtung und mutige Klimaziele, um die Treibhausgas-Emissionen rasch einzudämmen. Nur das gemeinsame Europa hat das politische Gewicht und die Möglichkeit, die internationale Staatengemeinschaft in dieser überlebenswichtigen Herausforderung anzuführen. Europäische Nationalstaaten allein sind nicht in der Lage, die globale Entwicklung entsprechend zu beeinflussen, aber durch die europäische Kooperation und konsequentes Handeln – von der Energiepolitik bis zur Handelspolitik – können wir Klimaschutz wirklich durchsetzen.

Unsere Vision ist die vollständige Energieversorgung Europas auf Basis sauberer, erneuerbarer Energie. Neben dem Ausbau von Energie aus Sonne, Windkraft, Biomasse, Geothermie und naturverträglicher Wasserkraft ist eine konsequente Verringerung des Energieverbrauchs zentraler Baustein unserer Strategie. Wichtige Voraussetzungen für den Ausstieg aus der Atomkraft und der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas sind Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz, etwa bei Gebäuden. Investitionen in intelligente Stromnetze und neue Speichertechnologien sowie die Integration von Strom, Wärme und Mobilität (Sektorkopplung) entwickeln die Energieversorgungsstruktur grundlegend neu.

Dies ist auch eine wirtschaftliche Chance. Aktuell werden rund 54 % des Energiebedarfs durch fossile Energieimporte in die EU abgedeckt. In Österreich ist der Anteil mit 64 % noch höher. Allein im Jahr 2018 hat Österreich 12,8 Milliarden Euro brutto für Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle ausgegeben. Über 1,5 Milliarden Euro mehr als im Jahr davor. Anstatt sich weiter energie- und damit außenpolitisch von Putin und Saudi-Arabien abhängig zu machen und Geld in neue, milliardenschwere Öl- und Gaspipelines (etwa Nord Stream 2) zu stecken, kann Europa einen eigenständigen Weg gehen. In China und in den USA wird pro Kopf mittlerweile deutlich mehr in Erneuerbare investiert als in der EU. Wir verpassen den Anschluss an die internationale Spitze, wenn wir nicht klar die Richtung vorgeben.

Die Grünen sind als einzige politische Partei konsequent und europaweit geschlossen auf Klimaschutzkurs und seit vielen Jahren auf europäischer Ebene und in den Nationalstaaten die Speerspitze für ambitionierten Klimaschutz. In den kommenden Jahren wird dies wichtiger sein denn je!

GLOBALE FÜHRUNGSROLLE BEIM KLIMASCHUTZ

Europa muss beim Klimaschutz die Führungsrolle übernehmen und das Pariser Abkommen aus dem Jahr 2015 in die Tat umsetzen. Wir wollen, dass die EU alle möglichen Anstrengungen unternimmt, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Ein europäisches Klimagesetz mit verbindlichen CO₂-Budgets soll rechtlich den Weg ebnen, um die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu senken und bis spätestens 2050 treibhausgasneutral zu sein. Unser Klimaschutz-Erfolgspfad sieht vor, den Anteil erneuerbarer Energie bis 2030 auf 45 % zu heben und bis 2050 100 % zu erreichen. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise einzudämmen und die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad zu halten. Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990.

KOHLE UND ATOMKRAFT DEN GELDHAHN ABDREHEN – STOPP ALLER SUBVENTIONEN FÜR FOSSILE ENERGIE

Europa braucht einen klaren Kurs und damit Investitionen in erneuerbare Energie und Energieeffizienz statt für Kohle und Atom. Ohne staatliche Beihilfen hätten Kohle- und Atomkraft keine Chance, weil sie viel zu teuer sind. Daher gehört der Geldhahn hier rasch abgedreht und Kostenwahrheit in das System gebracht: Kein einziger Euro der Steuerzahler*innen sollte für die Finanzierung fossiler Brennstoffe verwendet werden. Diese Mittel braucht es, um nachhaltige Lösungen wie Energieeffizienz, im Verkehr und beim Ausbau Erneuerbarer zu ermöglichen. Insbesondere in jenen Regionen, die aktuell stark von fossiler Energie wie z.B. Kohle abhängig sind, sollte ein Schwerpunkt bei der Unterstützung des notwendigen Strukturwandels gelegt werden, um die Chancen der Energiewende zu nützen. Mit dem Anspruch einer globalen Führungsrolle beim Klimaschutz, hat Europa die internationale Klimafinanzierung zu intensivieren. Ein fairer CO₂-Mindestpreis im Emissionshandelssystem, der die realen Kosten der CO₂-Emissionen abbildet, ist eine wichtige Grundlage für die Energieversorgung der Zukunft. Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, wie Verkehr, Wärme und Landwirtschaft, braucht es eine Anpassung der Steuersätze auf Heizöl und Erdgas, um faire Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Technologien zu schaffen.

100% ERNEUERBARE: EU ALS WELTMARKTFÜHRER FÜR DIE ENERGIEZUKUNFT UND SAUBERE AUTOS

Wir wollen Energieeffizienz und Energieeinsparung zur obersten Priorität machen und gleichzeitig die Wirtschaft und Arbeitsplätze ankurbeln. Richtig umgesetzt, wird der Übergang auf 100 % erneuerbare Energien die Umweltverschmutzung verringern, Arbeitsplätze schaffen und unsere Energieunabhängigkeit erhöhen – und gleichzeitig den Bürger*innen ermöglichen, selbst zum maßgeblichen Teil der Energiewende zu werden. Die Sonne schickt keine Rechnung. Sie ist DIE Energiequelle der Zukunft, wenn wir sie richtig nutzen. Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein energieeffizientes Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Wir wollen einen zukunftsorientierten Markt, um die ökologischste Produktionsweise zu entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie, die das Ziel verfolgt, die Umweltwirkungen von energieverbrauchsrelevanten Produkten unter Berücksichtigung des gesamten Lebensweges zu mindern, muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und fordern. Die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise soll nach einiger Zeit zum Standard erklärt werden, den alle einhalten müssen.

1.2. FÜR EIN ATOMKRAFTFREIES EUROPA

Atomkraft ist lebensgefährlich. Dennoch versucht die Atomindustrie immer noch, neue Atomkraftwerke zu errichten und den Betrieb alter Anlagen zu verlängern. Und das, obwohl die Kosten enorm hoch sind. Neben der Bedrohung durch grenznahe AKW ist Österreich auch von der ungelösten Frage der Atommüll-Endlagerung unmittelbar betroffen.

Die entscheidenden Weichenstellungen werden in den kommenden Jahren erfolgen: erneuerbare Energiezukunft oder zurück ins Kohle- und Atomzeitalter. Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Stör- und Unfälle länger am Netz hängen sollen. Der Betrieb der Schrottmüller birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer*innen. Bürger*innen und Anrainerstaaten müssen mehr rechtliche Möglichkeit haben, Einfluss auf die Planungen und Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke nehmen zu können.

Ein wesentlicher Baustein der Anti-Atom Politik ist die Abschaffung des Euratom-Vertrags. Seine Präambel fordert seit über 60 Jahren, dass die „Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie“ gefördert werden solle. Der Euratom-Vertrag ist im 21. Jahrhundert längst nicht mehr zeitgemäß.

EUROPÄISCHER ATOMAUSSTIEG

Wir wollen mit einem AKW-Ausstiegsprogramm bis 2030 ein atomkraftfreies Europa schaffen. Neue AKW, wie die Blöcke 3 und 4 des AKW Mochovce dürfen nicht in Betrieb genommen werden, denn auch sie sind alte Schrottreaktoren und gefährlich. Die gefährlichsten AKW in der EU müssen sofort abgeschaltet werden. Konzerne, die AKW betreiben oder bauen, müssen für alle Risiken haften – sie werden auf rund 400 Milliarden Euro pro Reaktor geschätzt. Die europäische Atomforschung muss sich auf die Aufgaben Strahlenschutz und Endlagerung beschränken, und keine neuen Reaktoren bzw.

AKW-Projekte finanzieren. Auch die Mittel für die Kernfusion sind seit Jahren Milliarden ohne echte Zukunftsperspektive.

EURATOM-VERTRAG AUFLÖSEN

Statt der geplanten Ausweitung der Kompetenzen für den Euratom-Vertrag wollen wir die Privilegien für Atomkraft durch Euratom beenden, etwa die Begünstigung der Investitionen für neue AKW oder Forschungsförderungen für die Weiterentwicklung der Atomindustrie. Ebenso ist ein neues einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen notwendig; Subventionierungen durch die Hintertür sind zu beenden. Bei den alle zehn Jahre vorgeschriebenen Sicherheitsüberprüfungsverfahren sind Umweltverträglichkeitsprüfungen zu veranlassen.

1.3. VERKEHR: EUROPA AUF SCHIENE BRINGEN

Dieselskandal, steigende CO₂-Emissionen, Luftverschmutzung, LKW-Schlangen im Transitverkehr, gesundheitsgefährdender Lärm: Der Autoverkehr ist für zahlreiche Probleme in unserer Gesellschaft verantwortlich. Zugleich ist Mobilität unser Anspruch – auch grenzüberschreitend! Wir wollen ein Verkehrssystem in Europa aufbauen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere Lebensqualität steigert. Ein System, dem Kostenwahrheit der jeweiligen Transportmittel zugrunde liegt und das so die Umwelt entlastet und die notwendigen Mittel für Investitionen in Alternativen aufbringen kann.

Verkehr ist eine der großen Problemzonen beim Klimaschutz. Die Emissionen sind in den vergangenen Jahren gestiegen – in Österreich seit 1990 gar um 70 Prozent. Dabei ist die Schaffung einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur eine Riesenchance. Für die Menschen, insbesondere für junge Menschen, die nicht mehr vom Auto abhängig sein wollen, für die Gesundheit, die Wirtschaft sowie erhöhte Beschäftigung. Die Schaffung eines nachhaltigen Verkehrssystems erfordert Investitionen in Eisenbahnstrecken, die die europäischen Länder und Regionen mit zugänglichen und erschwinglichen Zügen, einschließlich Schnell- und Nachtzügen, verbinden. Insgesamt können durch ein besseres öffentliches Verkehrsnetz und die Reduzierung des Autoverkehrs Staus und Umweltverschmutzung in ganz Europa verringert werden. Unsere Vision ist, dass geteilte Mobilitätsformen unser Verhalten positiv verändern und alle noch erforderlichen Fahrzeuge zu emissionsfreien Verkehrsmitteln werden. Die Elektromobilität wird dabei ein wichtiger Baustein sein, aber Dekarbonisierung allein reicht nicht: Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Mobilität: Schiene vor Straße, öffentlichen Raum zugunsten des Aktivverkehrs umverteilen, gemeinsame Nutzung von Fahrten und Fahrzeugen und offensives Anpacken der Chancen durch die Digitalisierung.

ATTRAKTIVE, RASCHE ZUGVERBINDUNGEN UND GÜNSTIGE, EUROPÄISCHE ZUGTICKETS

Es ist absurd: Wer europäisch unterwegs ist, wird jedes Mal dazu verlockt, statt umweltfreundlich mit der Bahn zu reisen, auf das günstige aber klimaschädliche Flugzeug umzusteigen. Wir wollen den Bahnverkehr einfacher, schneller, kostengünstiger gestalten und zugleich die Privilegien im Flugverkehr – etwa durch die derzeitige Steuerbefreiung bei Kerosin und Mehrwertsteuer – abschaffen. Ein gemeinsames europäisches Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, insbesondere beim Ticketsystem. Eine europäische Vorteils card soll Vergünstigungen und eine Vereinfachung für alle grenzüberschreitenden Öffi-Nutzer*innen bringen. Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, wollen wir, dass Europa auf der Schiene zusammenwächst. Das europäische Eisenbahnnetz ist aufgrund hartnäckiger Nationalismen noch immer sehr undurchlässig wegen unterschiedlicher Standards an den Ländergrenzen. Wir wollen das ändern. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzugsverbindungen zwischen allen Metropolen und einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein.

KEINE STEUERPRIVILEGIEN FÜR DEN FLUG- UND SCHIFFSVERKEHR

Fliegen ist zu billig. Das Prinzip wäre einfach: jene Bereiche, die Folgekosten und gesellschaftlichen Schaden generieren, mit entsprechenden Preisen auszugestalten, und jene Bereiche, die der Gesellschaft und der Umwelt dienen, steuerlich zu begünstigen. Die Besteuerung von Flügen bzw. Kerosin und Straßentransport nach dem Verursacherprinzip würde deren Wettbewerbsvorteil beenden. Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen, ähnlich der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtenreisen nahezu von allen Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedereien ebenfalls steuerfrei zur Verfügung. Wir setzen daher auf eine einheitliche europäische Regelung, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in der Schifffahrts- und Flugindustrie fördert.

VORREITER IN SACHEN SAUBERE VERKEHRSTECHNOLOGIEN

Europas Autoindustrie muss sich neu aufstellen. Schwer geschädigt nach Dieselskandal, Konsument*innen-Täuschung und mutwilliger Luftverschmutzung braucht es einen Kurswechsel. Wir wollen den nötigen Technologiewandel voran-treiben: weg vom fossilen Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Forcierung der europäischen Strom-Ladeinfrastruktur und eine europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits gesetzt. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests. Auch beim Öffent-lichen Personennahverkehr (ÖPNV) wollen wir die Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen europaweit elektrifiziert und abgasfreie Busse produziert werden. Nach 2030 sollten in Europa keine neuen mit fossilen Brennstof- fen angetriebenen Autos mehr verkauft werden. Biokraftstoffe müssen einen geringen CO₂-Fußabdruck aufweisen und dürfen nicht mit der Nahrungsmittelproduktion konkurrieren oder den Verlust der biologischen Vielfalt verursachen.

NACHHALTIGE MOBILITÄT STATT TRANSITBELASTUNG UND LUFTVERSCHMUTZUNG

Investitionen in umweltverträgliche Mobilität sind ein Schlüssel für eine höhere Lebensqualität in den Städten und den Schutz des ländlichen Lebensraumes. Transeuropäische Netze sollen die Bahn gegenüber Straßen und Flugverkehr be- vorzugen. Der LKW-Verkehr hat in Zukunft seine Kosten selbst zu tragen. Damit kann der LKW-Transitverkehr entschei- dend reduziert werden. Eine Limitierung des Transitverkehrs ist gefordert. Instrumente wie etwa die sogenannte „Alpen- transitbörse“, bei der Durchfahrtsrechte für die erlaubte Anzahl an Fahrten auf allen Alpenkorridoren auf einer Börse gehandelt werden, können die entsprechende Umsetzung einer Transitbegrenzung vorantreiben. Gigaliner-LKW haben auf Europas Straßen nichts verloren. Europäische Standards gegen Feinstaub, Stickoxide und Lärmbelastung sind auch in Österreich umzusetzen. Auch der Fahrradverkehr soll ausgebaut werden. Mittlerweile gibt es 14 europäische Fern- radwege, die Euro-Velo-Routen. Diese wollen wir ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern. Dem Fahrradverkehr soll im öffentlichen Straßenraum viel mehr Platz und Möglichkeiten eingeräumt werden.

1.4. UMWELT UND NATUR SCHÜTZEN

Sauberes Wasser, gute Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften sind wichtiger Teil unserer Lebensgrundlagen. Doch der große Reichtum an Tieren, Pflanzen und Lebensräumen schwindet täglich. Flächen werden versiegelt, Lebens- räume gehen verloren, Arten sterben aus. Um unsere wertvolle Natur zu erhalten, wollen wir die Schutzgebiete deutlich ausbauen und sicherstellen, dass sie wichtige Ökosysteme abdecken und garantieren, dass der Schutz wirklich funktio- niert. Wir fordern, dass eine nicht nachhaltige und illegale Abholzung besser verfolgt und härter bestraft wird. Die EU benötigt stärkere Instrumente, um die Entwaldung im Zusammenhang mit importierten Lebensmitteln und anderen Pro- dukten anzugehen. Und die Böden Europas müssen vor Zerstörung geschützt und wiederhergestellt werden, auch um ihre Fähigkeit, wertvolles Wasser zu speichern, zu erhöhen. Wir wollen die Meeresschutzgebiete auf 20 % unserer Meere ausweiten. Die Kontrolle der Schwefelemissionen aus der Schifffahrt muss auf alle Küsten ausgedehnt und Schweröl in der Arktis und Antarktis verboten werden.

Umweltschutz kann das Leben von Millionen von Europäer*innen verbessern. Heute verursacht allein die Luftverschmut- zung jedes Jahr mehr als 400.000 vorzeitige Todesfälle in der EU – und schwächt die Lebensqualität von Millionen weiterer Menschen. Unsere heutige Wirtschaft basiert darauf, der Natur Ressourcen zu entziehen, Produkte herzustellen, sie zu nutzen und anschließend wegzuerwerfen. Dieses lineare Modell muss durch eine Kreislaufwirtschaft ersetzt werden, die mehr Wert schafft und weniger Ressourcen verbraucht, ohne dass dies zu mehr Gefahrstoffen führt. Anstatt ständig mehr Ressourcen zu verbrauchen, müssen wir intelligenter konsumieren. Wir wollen, dass Produkte länger halten und ihre Reparatur erleichtert wird, indem sie reparierbar hergestellt werden und die Dauer der Garantien verlängert wird, um der gewollten Produktalterung entgegenzuwirken.

Unsere Flüsse und Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird es im Jahr 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in der Arktis und im Gletschereis.

Unternehmen sollten daran gehindert werden, essbare Lebensmittel als Abfall wegzuerwerfen. Nicht recycelbare Kunststoffe müssen besteuert oder verboten, nachhaltige Alternativen entwickelt und die Recycling- und Wiederverwertungsziele erhöht werden. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllhalden in der ganzen Welt exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Besonderes Gewicht für die Recyclingwirtschaft hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Klimaerhitzung verschärft diese Situation. Nicht nur in südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer knapperen Gut. Auch in Österreich gab es entsprechende Notsituationen, in der Gemeinde mit dem Wassertank versorgt werden mussten.

UMWELTSÜNDEN BESTRAFEN – INFORMATIONENRECHTE GEWÄHRLEISTEN

Eine Grundlage für Maßnahmen zur Nachhaltigkeit ist die Stärkung des Umweltrechts und dessen bessere Durchsetzung auf allen Ebenen – einschließlich rechtlicher Schritte gegen diejenigen, die es brechen. Das Recht auf Information muss gewährleistet und der Zugang zum Umweltrecht für Bürger*innen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft verbessert werden. Die EU muss ein neues und ambitioniertes Umweltaktionsprogramm erarbeiten. Wir fordern die Einrichtung eines internationalen Umweltgerichtshofs, um die schwerwiegendsten Verstöße gegen das internationale Umweltrecht zu ahnden. Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, damit der Umweltschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt wird.

NATUR UND ARTENVIELFALT SCHÜTZEN

Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen. Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen, verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Es braucht eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm. Die Art und Weise, wie wir Lebensmittel produzieren und konsumieren, hat einen großen Einfluss auf unsere Gesundheit, Umwelt und das Wohl der Tiere. Das Bienensterben hat gezeigt: Eingriffe in unser Ökosystem können dramatische Folgen haben. Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik Europas reformieren, um den Übergang von der industriellen Landwirtschaft und gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf nachhaltige Anbauformen wie ökologische und agroökologische Lösungen voranzutreiben. Eine nachhaltige Landwirtschaft hilft, Emissionen zu reduzieren, Bienen zu retten, ländliche Gebiete wiederzubeleben und unsere Lebensmittel sicher zu machen. Um landwirtschaftliche Flächen zu schützen, müssen wir die Zersiedelung und stark wachsende Flächenversiegelung dringend stoppen.

EUROPA VOM PLASTIKMÜLL BEFREIEN

Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen Fischbestand und einer Natur ohne Müll. In den Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert wird. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient recycelt werden können. Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Für Einweggetränkeflaschen brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere. Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein. Ein erster Schritt ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten gewesen. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein.

TRINKWASSER UND GEWÄSSER SCHÜTZEN

Wir werden uns jedem Versuch entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen und setzen allen Privatisierungsinitiativen ein STOP-Schild entgegen. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt haben. Knapp 1,7 Millionen Europäer*innen aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt. Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen wir den Antibiotikaeinsatz, die Gülleüberproduktion und den Einsatz gefährlicher Pestizide in der Landwirtschaft weiter zurückdrängen.

2 WER BRAUCHT SCHON GESUNDE LEBENSMITTEL?

Eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft ist die Basis für gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme. Qualität für alle ist unser Ziel. Dies beginnt beim Samenkorn und der entsprechenden Vielfalt und greift über gesunde Böden, hohe Wasserqualität, die Ernte, Lagerung und Verarbeitung in die gesamte Nahrungskette ein. Eine nachhaltige Landwirtschaft hat sehr positiven Einfluss auf das Klima. Zugleich ist die Klimakrise eine Bedrohung auch für die Land- und Forstwirtschaft. Extremwetterereignisse, Hitzestress und veränderte Bedingungen bedürfen weit gehender Anpassungsmaßnahmen. Wir setzen auf Vielfalt anstatt auf Monopole und Einheitsbrei. Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik Europas reformieren, um den Übergang von der industriellen Landwirtschaft und gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf nachhaltige Anbauformen wie ökologische und nachhaltige Lösungen voranzutreiben. Eine nachhaltige Landwirtschaft hilft, Emissionen zu reduzieren, Bienen bzw. Insekten zu retten, ländliche Gebiete wiederzubeleben und unsere Lebensmittel sicher zu machen. Um landwirtschaftliche Flächen zu schützen, müssen wir die Zersiedelung und den Flächenverbrauch dringend verringern.

Wir wollen die Agrarsubventionen auf eine nachhaltige Landwirtschaft umleiten, die auf fairen und ergebnisorientierten Bedingungen basiert. Schädliche Pestizide wie Glyphosat sollten verboten werden. Handelsregeln sollten es den Mitgliedstaaten ermöglichen, die inländischen Erzeuger*innen für zusätzliche Kosten aufgrund höherer Umwelt-, Tierschutz- oder Gesundheitsstandards zu entschädigen. Um fundierte Entscheidungen treffen zu können, müssen die Menschen wissen, was ihre Lebensmittel enthalten, woher sie stammen und wie sie hergestellt wurden. Wir wollen den Fleischkonsum zugunsten einer gesünderen, nachhaltigeren pflanzenbasierten Ernährung reduzieren.

Agrar- und Chemiekonzerne wollen bestimmen, was in unseren Regalen und auf unseren Tellern landet. Die großen Akteure der Agrarindustrie wollen den Markt für Saatgut, Pestizide, Düngemittel und Futtermittel bestimmen und bedrohen damit die Sortenvielfalt, da ihre Technologien für enormen Preisdruck und Abhängigkeit sorgen. Statt garantierte Qualität unserer Lebensmittel zur europäischen Marke zu machen, bedrohen Billigproduktion, intransparente Handelsabkommen und Subventionen für Massenware eine gesunde Ernährung. Auf den Feldern eingesetzte Pestizide verunreinigen unsere Lebensmittel sowie die Umwelt und gefährden die lebenswichtigen Bienen. Noch immer werden Tiere über tausende von Kilometern durch Europa gekarrt und müssen in stickigen Transportern und Schiffen leiden. Mangelhafte Kontrollen verhindern zusätzlich die Gewährleistung von Tierschutzstandards. Die Grüne Stimme ist die einzige im Europaparlament für ökologische Landwirtschaft und konsequenten Tierschutz.

Es braucht eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und Ernährungspolitik, die im Einklang steht mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-, Verbraucher*innen- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften Europas und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine für alle leistbare, gesunde Ernährung sichert als auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt und faire Preise für die Landwirt*innen erzielt. Gesunde Lebensmittel sollen kein Luxus, sondern Standard sein. Es darf keine Frage des Einkommens sein, ob eine vielfältige und gesunde Ernährung gewährleistet werden kann.

Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden verloren, das Artensterben geht ungebrems weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist international selbst für einen beträchtlichen Anteil des Ausstoßes klimaschädlicher Gase und damit für die Erderhitzung mitverantwortlich.

Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die europäische Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und Tierwohl steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten.

STRUKTURWANDEL DER LANDWIRTSCHAFT

Wir wollen die europäische Landwirtschaftspolitik in Richtung einer ökologisch orientierten, nachhaltigen Landwirtschaft gestalten, die die Voraussetzung für qualitativ hochstehende, wohlschmeckende und gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel ist, die Kulturlandschaft erhält und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichert. Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen, muss sich vor allem die EU-Agrarförderungspolitik grundlegend ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die Landwirt-

schaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben, Industrialisierung und Exportorientierung zugute. Die Vorgaben dafür müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede Förderung ist das Einhalten von strengen Umweltstandards, die ebenfalls für alle Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen.

DRIN IST, WAS DRAUF STEHT: EUROPAAWEITE KENNZEICHNUNG UND STRENGSTE QUALITÄTSKONTROLLEN

Wir setzen uns für klare und verpflichtende unionsweite Kennzeichnungsregeln für alle Gentechnik-Produkte ein – auch für Lebensmittel von Tieren, die mit Gentechnik-Futter ernährt wurden. Bei verarbeiteten Produkten soll klar sein, woher der tierische Anteil kommt und wie die Tiere gehalten wurden. Ähnlich wie bei der Eierkennzeichnung sollten auch bei anderen Tierprodukten Informationen zu Haltungsbedingungen der Tiere auf den Verpackungen transparent gemacht werden. Landwirt*innen, die über dem gesetzlichen Mindeststandard produzieren, hätten dadurch aufgrund der hohen Konsument*innen-Nachfrage Vorteile. Bei der Verpackungskennzeichnung ist auf einfache Verständlichkeit zu achten.

INSEKTEN- UND VOGELSTERBEN STOPPEN – GLYPHOSAT VOM ACKER!

Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen, intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren. Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie schaden unseren Insekten, wie etwa den Bienen, massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft ein. Die Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

TIERWOHL RESPEKTIEREN

Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen, dass die EU alle Tiere durch neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt. Auch die Vergabe von EU-Förderungen ist an Tierwohl-Kriterien zu orientieren. Tiere sollen verpflichtend zu einem nahegelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der am billigsten arbeitet. Tiertransporte für Schlachttiere wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen. Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf weitere Produkte ausgeweitet werden.

LANDWIRTSCHAFTLICHE ÖKOSYSTEME STÄRKEN – OHNE GENTECHNIK

Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren die Agrogentechnik ab. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – etwa einen massiven Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucher*innenfreiheit –, unterstreichen wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip entsprechend der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt wird. Entsprechend dem Vorsorgeprinzip ist frühzeitig und vorausschauend so zu handeln, dass Belastungen für Umwelt und Mensch vermieden und entsprechende Risiken erkannt werden. Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet werden.

KEINE PATENTE AUF SAATGUT, PFLANZEN UND LEBEN!

Das zentrale Problem beim Herumexperimentieren am Saatgut ist dessen Patentierbarkeit. Sie führt zu immer größeren Monopolen der Agrarkonzerne und damit zu enormen Marktdruck und Verlust von Vielfalt. Landwirte werden damit abhängig gemacht, gerade in den Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei gentechnisch veränderten Pflanzen besonders häufig eingesetzt werden. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere geben. Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU.

FAIRER HANDEL AUCH IN DER LANDWIRTSCHAFT

Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die durch EU-Subventionen künstlich verbilligten Produkte aus Europa – unter anderem Zwiebeln oder Billig-Geflügelfleisch – drücken nicht nur die Preise in lokalen Märkten, sie erschweren damit auch die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft in Afrika. Es geht um Ernährungsgerechtigkeit, aber auch um Ernährungssouveränität! Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer*innen in Entwicklungsländern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimaveränderung zu machen.

FISCHBESTÄNDE SCHÜTZEN

Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik, die dafür sorgt, dass die Meere geschützt und Fischarten nicht überfischt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen gibt der Fischerei eine Zukunft. Die Herausforderungen im Kampf gegen die Überfischung liegen nicht nur in der EU selbst. Fischereinationen aus der EU tragen auch in Gewässern von Entwicklungsländern, wie zum Beispiel in der Region vor Westafrika, maßgeblich zur Überfischung bei. Die anhaltende Überfischung der Meere ist demnach nicht nur für Lebensräume und Tierarten bedrohlich. Sie gefährdet auch die Grundlagen für Ernährung und Lebensunterhalt von Millionen Menschen und ist damit auch eine Ursache für Flucht und Migrationsdruck.

3 WER BRAUCHT SCHON GERECHTIGKEIT?

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der niemand zurückgelassen wird, und in der sozialer Frieden und damit Sicherheit gewährleistet sind. Daher ist mehr soziale Gerechtigkeit im Interesse aller, sowohl jener, die derzeit sozial benachteiligt sind, als auch jener, die privilegiert sind. Österreich hat enorm von der europäischen Integration profitiert und ist ein wohlhabendes Land, das über beste Voraussetzungen verfügt, die großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich zu meistern. Aber die wachsende soziale Kluft wird zunehmend zur Barriere. Daher braucht es konkrete Lösungen.

Wir Grüne denken Klimaschutz, Gerechtigkeit und Freiheit in Europa gemeinsam. Die ökologische Frage wird zunehmend zur zentralen Gerechtigkeitsfrage. Umweltzerstörung macht krank. Gute Luft zum Atmen, sauberes Trinkwasser und die Vermeidung der Klimaüberhitzung sind Grundlagen für ein gutes Leben. Das Pariser Klimaabkommen ist nicht nur eines der wichtigsten Umweltschutzabkommen, die je unterzeichnet wurden, es ist letztlich auch ein sozialer Vertrag, der zukünftigen Generationen gute Lebensbedingungen hinterlassen soll und schwere soziale Folgen der Klimakrise vermeiden kann. Wenn wir den Kampf gegen die Klimakrise nicht gewinnen, erhöht sich der Druck im System enorm. Insbesondere jene, die schon jetzt benachteiligt sind, werden unter den Folgen noch stärker leiden: Sei es weil sie keine Möglichkeit haben sich gegen Hitze zu schützen und in Wohnungen mit niedriger Qualität leben, sei es weil Dürre- und Unwetterkatastrophen für Ernährungskrisen sorgen, die letztlich zu Fluchtbewegungen führen, oder sei es weil die wirtschaftlichen Schäden und damit der Druck auf Budgets und öffentliche Haushalte erst recht die unteren Einkommensklassen betreffen.

Soziale Risiken gehören zu den wichtigsten Gefahren für ein Leben in Sicherheit. Die Basis für Selbstbestimmung und Freiheit ist eine grundlegende materielle Absicherung. Doch insbesondere jene politischen Kräfte, die am lautesten vor Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit warnen und für den Überwachungsstaat eintreten, verschärfen durch den Abbau von sozialen Leistungen die Spannungen in unserer Gesellschaft. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist ein wichtiger Anspruch der Bürger*innen. Dieses Bedürfnis darf nicht zur Spielwiese von Populismus und autoritären Kräften werden, sondern ist Grund, ernsthafte Maßnahmen in vielen Politikbereichen zu setzen, die weit über die Fragen der inneren und öffentlichen Sicherheit hinausgehen.

1.000 Milliarden Euro pro Jahr verlieren die EU-Mitgliedstaaten durch Steuervermeidung, -betrug und -hinterziehung. Dieses Geld fehlt in Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbudgets und für dringend notwendige Investitionen in den Klimaschutz. Ungehemmte Finanzmärkte haben – entkoppelt von der Realwirtschaft – zu Instabilität und enormen Ungleichgewichten in Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Trotz der Finanzkrise vor rund 10 Jahren wurde eine echte Systemkorrektur, abgesehen von kleinen Reparaturmaßnahmen, noch nicht in Angriff genommen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunftschancen beraubt und die Europäische Union gespalten. Zu viele leben in Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab. Das führt zu ökonomischen, sozialen und demokratischen Problemen.

Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik setzt neue Prioritäten. Erfolgreich Wirtschaften bedeutet, nicht auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben. Wir warten nicht darauf, bis unser Wirtschaftssystem gegen die Wand fährt, sondern stellen die Weichen Richtung Erneuerung und Strukturwandel. Die Politik muss dafür das Heft des Handelns in die Hand nehmen und in entsprechende Zukunftsbereiche und Arbeitsplätze investieren: vor allem in Klimaschutz, erneuerbare Energien, zukunftsfähige Verkehrskonzepte, die ökologische Landwirtschaft, aber auch in die soziale und Bildungsinfrastruktur. Sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen sind mit der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft eng verbunden.

3.1. FAIRER HANDEL: KLIMASCHUTZ, SOZIALE STANDARDS UND NACHHALTIGKEIT ALS GRUNDLAGE

Die bisher vorgeschlagenen Handelsabkommen – wie CETA, TTIP und TISA – haben die Schwächen in Sachen Nachhaltigkeit, Demokratie, sozialer Standards und Gerechtigkeit offenbart. Sie sind in Wirklichkeit keine fairen Vereinbarungen auf Augenhöhe, sondern meist Knebelungsverträge. Gemeinsam mit der europäischen Zivilgesellschaft konnten die Grünen dazu beitragen, TTIP vorerst zu verhindern. Auch bei CETA und JEFTA konnte erreicht werden, dass zunächst keine einseitigen Gerichte für private Investoren entscheiden. Doch immer mehr Staaten setzen darauf, mit einzelnen anderen Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Diese führen meist zu einseitiger Abhängigkeit, Nivellierung der ökologischen und sozialen Standards nach unten und schwächen die Position ärmerer Länder. Wir wollen jedoch echte Partner-

schaften und gemeinsame Spielregeln, um Ungerechtigkeiten, die Ausbeutung von Menschen und Umwelt sowie ein Absenken von Qualitätsstandards bei Lebensmitteln und Produkten zu verhindern. Der Welthandel ist fair, ökologisch und gerecht zu gestalten und hat Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt zu stellen. Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet, die in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge – also die Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen – ausreichend schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitbestimmung garantiert.

Die gegenwärtige Handelspolitik der EU gegenüber Entwicklungsländern ist einseitig von den wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von Zöllen werden Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, die in Entwicklungsländern heimisch sind, durch Billigimporte aus der EU bedroht. Die derzeitigen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können.

HANDEL FAIR GESTALTEN

Wir setzen uns für fairen Handel ein, der auf internationalen Regeln und transparenten Prozessen basiert und die Rechte von Arbeitnehmer*innen, Landwirt*innen und Verbraucher*innen, den Tierschutz sowie den Schutz von Gesundheit und Umwelt stärkt – und nicht gefährdet. Fortschritte innerhalb der WTO (World Trade Organization) und multilaterale Abkommen sind dafür geeigneter als bilaterale Handelsabkommen. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens, internationale Regeln für Arbeitsnormen und Ziele der nachhaltigen Entwicklung müssen die gemeinsame Grundlage für Handelsverträge bilden. In diesem Sinne ist das Welthandelssystem der WTO zu reformieren und neu zu beleben und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen zu stellen.

Europa hat sicherzustellen, dass Unternehmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU hohe Standards erfüllen. Die Union und die Mitgliedstaaten müssen Vorschriften zur Umsetzung der UN-Leitsätze für Unternehmen und Menschenrechte erlassen und den Zugang der Menschen zu juristischen Mitteln gewährleisten, wenn Unternehmen gegen diese Vorschriften verstoßen. Multinationale Unternehmen sollten verpflichtet werden, in ihrer gesamten Lieferkette die erforderliche Sorgfalt walten zu lassen, um sicherzustellen, dass ihre Geschäftstätigkeit nicht gegen Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklung verstößt. Wir setzen uns für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen.

DEMOKRATISCH UND TRANSPARENT

Die Verhandlungen und Pläne für EU-Handelsabkommen haben demokratisch und transparent zu erfolgen. Geheimverhandlungen und -papiere sind nicht zu akzeptieren. Das Europaparlament muss über das Mandat bestimmen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Wir lehnen privilegierte Sonderklagerechte für Konzerne ab. Deshalb sind wir weiterhin gegen CETA in dieser Form.

NACHHALTIGKEIT ALS GRUNDLAGE

Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule von Umweltschutz und Verbraucher*innen-Interessen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-Handelsabkommen gilt. Wir lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards, des Vorsorgeprinzips und des Pariser Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Auch beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) fehlen verbindliche soziale und ökologische Standards. Der Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie Menschenrechte unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmer*innenschutzrechte der Internationalen Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden und ihre Einhaltung muss einklagbar sein.

FAIRE ROHSTOFFPOLITIK

Die Rohstoffe, die wir für Elektronikprodukte wie etwa Smartphones oder Tablets benötigen, gehen häufig mit Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Deshalb wollen wir transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union konsumiert wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen. Wir treten für faire Rohstoffpartnerschaften ein, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Europa trägt durch den Import von Soja, Palmöl und Holz in einem hohen Umfang zur weltweit fortschreitenden Entwaldung bei. Wir wollen, dass die europäische Holzhandelsverordnung künftig für alle Holz- und Papierprodukte gilt und durch ein effektives Überwachungs- und Sanktionssystem scharf gestellt wird.

3.2 STEUERPRIVILEGIEN ABSCHAFFEN – DIE FINANZMÄRKTE ZÜGELN

Steuerbeiträge erfüllen eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft. Sie finanzieren wesentliche öffentliche Aufgaben und Leistungen sowie die Errichtung und Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastruktur, die allen zu Gute kommen – den Bürger*innen eines Landes, aber auch den Unternehmen, die in einem Land aktiv sind. Multinationale Konzerne nützen jedoch gesetzliche Lücken aus, um ihre Steuerleistung zu „minimieren“. Gewinne werden in Niedrigsteuermätern verschoben und Bemessungsgrundlagen verringert, um die Steuerleistung so gering wie möglich zu halten. Große Unternehmen können derzeit überall in Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität, während kleine und mittlere Unternehmen ihre Gewinne nicht verlagern können und die vollen Steuern zahlen. Das schädigt unseren Sozialstaat und alle ehrlichen Steuerzahler*innen. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften.

Zugleich steigt der Druck auf öffentliche Haushalte und die soziale Ungleichheit. Die enormen Bankenrettungspakete aus Steuermitteln haben zu radikalen, undifferenzierten Sparprogrammen in ganz Europa geführt, die die Krise verstärken; eine Lösung für stark verschuldete Staaten wie Griechenland wurde verschleppt. Reformen wie die Regulierung des Finanzsystems, eine grundlegende Neuausrichtung des Steuerbeitragsystems sowie eine effektive Bekämpfung von Steuertricksereien und Steuerdumping sind noch nicht umgesetzt. Fehlt es den Staaten an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur vernachlässigt.

STEUERDUMPING BEENDEN

Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich durch niedrige Steuersätze für Unternehmen einen vermeintlichen Vorteil gegenüber anderen Mitgliedstaaten zu verschaffen, um Großunternehmen anzuziehen. Ein kurzsichtiges Spiel, bei dem letztlich alle verlieren, da das Runternivellieren von Steuersätzen für geringere staatliche Einnahmen sorgt und die Steuerbeiträge verstärkt von kleineren Unternehmen und den Bürger*innen geleistet werden müssen werden. Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen, individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

STEUERGERECHTIGKEIT STATT TRICKSEREIEN UND INTRANSPARENZ

Die bestehende Schwarze Liste für sogenannte Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Ziel der gemeinsamen EU-Liste ist es, eine verantwortungsvolle Steuerpolitik weltweit zu forcieren und zweifelhafte Steuerpraktiken sowie geringe Transparenz anzuprangern. Wichtige Länder fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen wurden. Die Umsetzung muss nun strikt überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die politische Bevorzugung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte Schwarze Liste mit klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in diesen Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

EUROPÄISCHES KARTELLAMT

Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt. Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung sollen diese nicht missbrauchen, um den Markt etwa in Form von künstlich hohen Preisen zu manipulieren.

UMSETZUNG DER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Wir kämpfen weiter vehement für die Einführung der Finanztransaktionssteuer zur Zügelung der Finanzmärkte. Spekulationen werden damit vermindert, Einnahmen für das EU-Budget und dringend notwendige Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung, gegen Jugendarbeitslosigkeit, für Forschung, Armutsbekämpfung und erneuerbare Energien werden geschaffen. Die Besteuerung muss an die globalisierte Wirtschaft angepasst werden. Strengere Maßnahmen zur Bekämpfung von Marktmanipulation, missbräuchlicher Spekulation und Insiderhandel sind durch die Regulierungsbehörden zu ergreifen, um die Transparenz auf den Finanzmärkten zu steigern. Europa braucht einen fairen Weg, um digitale Dienste zu besteuern und Kryptowährungen zu steuern.

BANKEN STRENG BEAUFSICHTIGEN

Um die Finanzstabilität zu gewährleisten und zukünftige Krisen zu verhindern, sind systemische Risiken zu berücksichtigen, etwa die Klimakrise, die durch wirtschaftliche Schäden und Fehlinvestitionen auch für den Finanzmarkt ein Risiko darstellt. Es gibt jedoch auch innerhalb des Finanzsystems systemische Risiken: Es gilt zu verhindern, dass Finanzinstitute zu groß werden, um zu scheitern, weil sie damit das Finanzsystem ins Wanken bringen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten bei den Großbanken sowie für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kund*innen-geschäft der Banken ein. Europa braucht eine strengere Finanzregulierung, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor maßgeblich zu einer widerstandsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft beiträgt. Nur mit einem starken europäischen Bankeninsolvenzrecht ist gewährleistet, dass auch die Großgläubiger*innen und Eigentümer*innen der Banken ihren Beitrag leisten. Die Bankenunion muss durch ein funktionierendes EU-Einlagensicherungssystem ergänzt werden. Dieses soll im Fall einer Insolvenz einer Bank die Einlagen der Kund*innen sichern und das Geld der Sparer*innen schützen. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.

EU-HAUSHALT NEU ORIENTIEREN

Die EU braucht einen wesentlich ehrgeizigeren und effektiveren Haushalt, um ihre Aufgaben zu erfüllen, die vom Europäischen Parlament mitentschieden werden. Die Erhöhung sollte weitgehend aus Eigenmitteln wie Steuern auf Umweltverschmutzung und Ressourcennutzung finanziert werden. Wir lehnen die Politik des Kaputtsparens ab und wollen soziale und ökologische Ziele auf gleichrangiger Basis mit den Haushaltszielen eines aktualisierten und neu formulierten Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dieser Pakt sollte durch einen Nachhaltigkeits- und Wohlstandspakt ergänzt werden, der soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele auf der Grundlage von Indikatoren für die Europäische Währungsunion (EWU) und ihre Mitgliedstaaten definiert. 50 % des EU-Budgets sollen Klima- und Umweltschutzkriterien gewidmet sein.

Die EU hat sich in den EU-Verträgen zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting verpflichtet. Die Regionalpolitik ist der zweitgrößte Budgetposten und Hebel für die Förderung europaweiter Standards, wie etwa die Gleichstellung der Geschlechter. Gerade hier müssen wir sicherstellen, dass Projekte gefördert werden, die auch gendergerecht umgesetzt werden. Als Grüne konnten wir erfolgreich das Partnerschaftsprinzip stärken. Das besagt, dass die Mitgliedstaaten eine Partnerschaft mit städtischen Behörden, Sozialpartner*innen und Partner*innen aus der Zivilgesellschaft, wie etwa Umwelt-NGOs, eingehen müssen. Es soll in Zukunft sicherstellen, dass Regionalfonds nicht nur top-down vergeben werden, sondern die Beteiligten auch mitgestalten und mitreden dürfen.

SPIELRAUM IN DER FISKALPOLITIK

Ausgaben für langfristige sozialökologische Investitionen sollen nicht unter die restriktiven Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts fallen – um zu verhindern, dass Schuldenabbau zulasten notwendiger Zukunftschancen geht.

3.3. NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

Um den Bedürfnissen aller gerecht zu werden und gleichzeitig die ökologischen Grenzen unseres Planeten einzuhalten, müssen wir unser Wirtschaftssystem erneuern. Der Übergang auf eine wirklich kreislaufförmige Wirtschaft mit null Emissionen bietet sowohl den Menschen als auch der Umwelt erhebliche Chancen. Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische Wirtschaft zukunftsfit positioniert und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der Wettbewerb um die Zukunft ist nicht einer um die billigsten Produktionsmittel, sondern um die ökologischsten Produktionsweisen. Die Grundlage für zukunftsorientiertes Wirtschaften ist die Anwendung des Prinzips der Kostenwahrheit: Was in Anspruch genommen wird, muss inklusive aller externer Kosten zu 100 % von dem*der Verursacher*in bzw. Konsument*in bezahlt werden. Zudem braucht es faire Wettbewerbsregeln, die weltweit gelten. Die Gemeinwohlökonomie soll raus aus der Nische. Wir unterstützen Initiativen, Gemeinden und Betriebe, die sich dem solidarischen Wirtschaften und der gemeinwohlökonomischen Bilanzierung verschreiben.

Nachhaltiger Wohlstand im Sinne eines möglichst guten Lebens für alle erfordert auch neue Leitlinien. Monetär bewertetes Wachstum hat sich anderen Zielen unterzuordnen: die ökologischen Belastungsgrenzen und Ressourcenlimits respektieren, das soziale Netz stärken und soziale Inklusion ermöglichen, unternehmerischen Geist und faire Regeln in der internationalen Kooperation fördern. Quantitatives Wachstum soll zunehmend von einer qualitativen Entwicklung abgelöst werden.

REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN

Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Doch diese kleinen, häufig Inhaber*innen-geführten Unternehmen sind heute stark in ihrer Existenz bedroht. Dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und verantwortlicher, denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die Auswirkungen ihres Handelns stärker. Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf Förderkonzepte, auf praxisgerechte Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für kleine Betriebe. Die europäische Regulierung sollte alternative Instrumente wie Genossenschaften, Crowdfunding und Social Entrepreneurship ermöglichen.

IN EUROPAS ZUKUNFT INVESTIEREN

Der notwendige Übergang auf eine nachhaltige Wirtschaft erfordert große Investitionen. Wir schlagen einen umfangreichen Green New Deal zur Finanzierung und Nutzung von Investitionen in Bereichen wie grenzüberschreitende Zugverbindungen, erneuerbare Energien und nachhaltige Innovationen vor, insbesondere in den ärmeren Mitgliedstaaten. Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren. Mit unserer Investitionsoffensive lösen wir zwei Probleme. Wir schaffen Arbeit und eine wirtschaftliche Perspektive für alle Europäer*innen. Gleichzeitig erneuern, erweitern und modernisieren wir unsere Infrastruktur.

INNOVATION & DIGITALISIERUNG: ÜBERGANG IN DAS POSTFOSSILE INDUSTRIE-ZEITALTER

Das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der EU und schafft über 100 Millionen direkte und indirekte Arbeitsplätze. Die Grüne Industriepolitik zielt auf Innovationen und intelligente Lösungen ab, die Produkte und Prozesse energie- und ressourceneffizienter machen. Die Digitalisierung kann wesentlich dazu beitragen, Produktion, Vertrieb und Dienstleistungen ressourcenschonender anzubieten und zugleich die Lebensqualität zu erhöhen. Dabei sind in der Gestaltung der Digitalisierung neben dem positiven Beitrag zur Ressourcenschonung viele Werte wie das Recht auf digitale Selbstbestimmung, innovativer Daten- und Verbraucher*innenschutz, effektive IT-Sicherheit und Chancengleichheit stark zu berücksichtigen.

NACHHALTIGE VERANLAGUNGEN

Mit dem Aktionsplan für Nachhaltige Finanzen (Action Plan on Sustainable Finance) hat die EU-Kommission wichtige Ziele und Maßnahmen vorgelegt, die dazu beitragen sollen, dass der Finanzsektor sich an Nachhaltigkeitskriterien orientiert, Klimaschutzmaßnahmen finanziert, transparenter wird und die Beratung für Investor*innen und Kund*innen in Sachen Nachhaltigkeit verbessert. Die ambitionierte Umsetzung soll dazu beitragen, im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens und der Nachhaltigkeitsziele der UN die Geldflüsse so zu lenken, dass klima- und umweltschädliche Aktivitäten vermieden und Zukunftsinvestitionen ermöglicht werden.

3.4 SOZIALUNION: EUROPaweIT Soziale Standards

Der soziale Zusammenhalt ist eines der wichtigsten Zukunftsversprechen einer weiterentwickelten Europäischen Union. Trotz einiger Erfolge konnte die EU dieses Versprechen noch nicht in jenem Maße einlösen wie es notwendig gewesen wäre, was insbesondere den Eigeninteressen vieler Nationalstaaten geschuldet ist. Es braucht die Sozialunion als Gegengewicht zur reinen Wirtschafts- und Währungsunion mit europaweiten Standards bei Löhnen, Einkommen und Arbeitslosigkeit sowie eine europäische Arbeitslosenversicherung, mit der man sich insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten und bei hoher Arbeitslosigkeit wappnen kann und europäische Solidarität lebt. Besonders alarmierend ist, dass jede*r zehnte Beschäftigte in der EU arm trotz Arbeit ist. Die Zahl nimmt trotz Wirtschaftswachstums und Erholung des Arbeitsmarkts immer weiter zu. Lag der Anteil der sogenannten „Working Poor“ 2008 noch bei 8,5 %, so liegt er heute EU-weit bei 9,6 %. In Österreich sind rund 300.000 Menschen arm trotz Arbeit. Die Verringerung der Armut und die Bekämpfung von Ungleichheit müssen ein Eckpfeiler jeder Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Wir lehnen einseitige Sparmaßnahmen ab, die zu einer Zunahme von Armut und einer Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen führen. Besonders im Fokus steht dabei der Kampf gegen Kinderarmut. Jedes vierte Kind in der EU ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Insbesondere in Familien, in denen Eltern über geringes Bildungsniveau verfügen, ist die Armutsfalle erheblich. Auch die Altersarmut ist im Sinne der sozialen Absicherung wichtiges Thema; auch vor dem Hintergrund, dass der Gender Pension Gap in der EU bei rund 40 % liegt, d.h. die Lücke zwischen dem eigenen Alterssicherungseinkommen von Frauen gegenüber jenem der Männer viel zu groß ist.

Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt, gemeinsame Arbeits- und Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Die Nationalstaaten haben die Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Pension, Gesundheit, Pflege oder Grundsicherung. Doch die Europäische Union kann gemeinsame Standards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial absichern.

Etwa jede*r zehnte Arbeitnehmer*in in Europa ist von Armut bedroht. Wir wollen die Arbeitsvorschriften und Sozialsysteme dahingehend ändern, dass sie den sich wandelnden Charakter der Arbeit berücksichtigen. Auf Druck von uns Grünen konnte das soziale Europa in den letzten Jahren gestärkt werden. Mit der neuen Work-Life-Balance-Richtlinie kommt der europaweite Rechtsanspruch auf 10 Tage bezahlten „Papa-Monat“. Dies ist kein Allheilmittel, aber in vielen Staaten (z.B. Polen) ein wichtiger Schritt, um für mehr Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt und soziale Rechte für Familien nach der Geburt zu sorgen. Auch in Österreich gibt es hier noch Verbesserungsbedarf. Die neue Europäische Arbeitsbehörde will Lohn- und Sozialdumping den Kampf ansagen.

SOZIALE GRUNDRECHTE FÜR EUROPAS BÜRGER*INNEN GARANTIEREN

In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das Recht auf Vermittlung von Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen. Europa muss grundlegende soziale Rechte für alle sicherstellen, wie den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Bildung. Öffentliche Investitionen in sozialen, erschwinglichen und energieeffizienten Wohnraum sollten mit europäischen Mitteln unterstützt werden. Wir müssen einen europäischen Ansatz für die öffentliche Wohnungspolitik verfolgen und diejenigen, die Wohnraum mieten, vor Ausbeutung schützen.

Europa muss die grenzüberschreitende Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen ermöglichen und schützen, damit die Menschen nicht durch national zersplitterte Sozialsysteme fallen. Eine europäische Sozialversicherungsnummer und eine bessere Anerkennung der beruflichen Qualifikationen würden das Arbeiten in anderen Ländern erleichtern. Wir wollen die Rechte von Wanderarbeitnehmer*innen schützen und alle Formen der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit in Europa bekämpfen.

SOZIALE QUALITÄTSSTANDARDS IN GANZ EUROPA – AUS FÜR Sozialdumping

Um die Europäische Säule sozialer Rechte zu verwirklichen, fordern wir die Einführung europäischer Rechtsvorschriften, um angemessene Mindesteinkommenssysteme in allen europäischen Ländern zu gewährleisten. Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Für jedes Land sind soziale Qualitätsstandards festzulegen, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation. Es darf kein Sozialdumping innerhalb der EU geben. Das Gleiche gilt

für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen Mindestversorgungsstandard in allen Ländern. Jede*r muss einen Zugang zu guter medizinischer Versorgung haben. Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.

MINDESTLÖHNE IN GANZ EUROPA

Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark und nicht alle Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein, die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend dem Medianeinkommen des jeweiligen Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen auch einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU. Die neue Entsenderichtlinie (über die Entsendung von Arbeitnehmer*innen im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat) war ein wichtiger Grüner Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Europa durchzusetzen. Werden künftig Arbeitnehmer*innen zeitweise in ein anderes EU-Land entsandt, so müssen sie für gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn erhalten – für alle entsandten Arbeitnehmer*innen gelten hierbei die Vergütungsregeln des Gastlandes. Für die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen und eine entsprechende Änderung der Arbeitszeit-Richtlinie.

INKLUSION: FÜR EIN BARRIEREFREIES EUROPA

In der EU leben mehr als 80 Millionen Menschen mit Behinderungen. Diese 80 Millionen Menschen werden wegen umwelt- und einstellungsbedingter Barrieren häufig an voller Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft gehindert. Für Menschen mit Behinderungen liegt die Armutsquote 70 % über dem Durchschnitt. Im Jahr 2010 hat die Europäische Union eine „Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020“ beschlossen und 2010 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Wir kämpfen für die Umsetzung dieser Bekenntnisse. Europa muss eine führende Rolle bei der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowohl intern als auch weltweit übernehmen. Wir wollen Infrastruktur, Verkehr und Kommunikation zugänglich machen. Menschen mit Behinderungen müssen in die sie betreffenden Entscheidungen einbezogen werden, einschließlich des uneingeschränkten Stimmrechts.

GESUNDHEIT

Die EU sollte die Mitgliedstaaten dazu bringen, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen, gesundheitliche Ungleichheit abzubauen und den Zugang zu Medikamenten zu gewährleisten. Wir wollen, dass der Schwerpunkt stärker auf der Vorbeugung körperlicher und psychischer Gesundheitsprobleme liegt und nicht nur auf deren Behandlung. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, kostenlose und frei zugängliche, qualitativ hochwertige und sichere sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung/-dienstleistungen für alle zu garantieren sowie verstärkt Forschungsgelder in Gendermedizin zu investieren.

3.5. GLEICHE LÖHNE FÜR FRAUEN UND MÄNNER

Frauenarmut ist strukturell. Es beginnt damit, dass Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, schlechter bezahlt werden. Übernehmen sie Care-Arbeit (etwa Pflege), ist diese meist unbezahlt. Nicht alle Teilzeitanstellungen sind selbstgewählt, sondern eine reale Notwendigkeit, um Privat- und Berufsleben vereinbar zu machen. Frauen sind dadurch eher gefährdet, in ökonomische Abhängigkeit und in der Folge in Altersarmut zu geraten. Die Lohnschere in der EU liegt bei 16 bzw. in Österreich bei knapp 20 %. Wir wollen verpflichtende geschlechtsspezifische Auswertungen von Gehältern in Unternehmen, existenzsichernde Vollzeitarbeit und gerechte Entlohnung von Care-Arbeit. Wir kämpfen für aktive Arbeitsmarktpolitik und Frauenförderung. Verbindliche soziale Kriterien für jeden Mitgliedstaat (z.B. im Bereich Jugendarbeitslosigkeit, Armut oder Bildung) sind den rein ökonomischen Wirtschafts- und Währungsunionenkriterien gegenüberzustellen. Wir fordern die volle Umsetzung der Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und verpflichtende Aktionspläne zur Schließung der Einkommensschere in allen Mitgliedstaaten.

Wir fordern eine vollständige Anrechnung der Care-Arbeit bei den Pensionszeiten, Aufwertung und bessere Bezahlung von überwiegend von Frauen ausgeübten Berufen sowie Gender Mainstreaming bei den Kollektivverhandlungen. Wir kämpfen auf EU-Ebene für eine verpflichtende Väterkarenz und den Rechtsanspruch auf einen bezahlten „Papa-Monat“, ein Rückkehrrecht auf Vollzeit sowie das Recht auf einen Vollzeit-Kinderbetreuungsplatz ab Ende der Mutterschutzfrist und wir fordern einheitliche europäische Ausbildungsstandards für Pflegekräfte. Zudem setzen wir uns für die rasche Umsetzung des Work-Life-Balance-Pakets ein, die Aufhebung der Blockade der Mutterschutzrichtlinie sowie für eine gerechte Aufteilung der Karenzzeiten mit entsprechender Entlohnung.

3.6 VERBRAUCHER*INNEN-RECHTE STÄRKEN

Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen grenzüberschreitend geschützt werden. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in Europa vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen, was sie konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend machen können. Der Verbraucher*innenschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die Abschaffung der Roaming-Gebühren, das Verbot von Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das „Bankkonto für alle“ und ein Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind nur einige wenige Beispiele.

Doch es gibt noch viel zu tun. Die Möglichkeit für Sammelklagen, bei denen sich Geschädigte zusammenschließen können, sowie Verbandsklagen und Musterfeststellungsklagen müssen europaweit eingeführt werden. Wir brauchen verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln. Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für sämtliche Tierprodukte wollen wir eine europäische verbindliche Kennzeichnung nach Haltungs- und Transportbedingungen einführen.

DIE PRIVATSPHÄRE DES MENSCHEN SCHÜTZEN.

Datenschutz ist Verbraucher*innenschutz. Unsere persönlichen Vorlieben und Interessen gehen niemanden etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade in Zeiten der Digitalisierung, der Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu herausgefordert. Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche Daten im Internet preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das sollen Betroffene selbst entscheiden und nicht Internet-Giganten wie Google oder Facebook. Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sorgt die EU dafür, dass die weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben.

Wir fordern bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen Kommunikation, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder „smarte“ Assistent*innen wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus auf den Schutz der Privatsphäre hin eingestellt sind. Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Offline-Tracking durch Standortdaten, mit dem zum Beispiel Handys geortet werden, obwohl sie nicht mit dem Internet verbunden sind, muss verboten werden. Wir setzen uns für verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer elektronischen Kommunikation ein. Hintertüren für die Hersteller oder gar für Geheimdienste darf es nicht geben. Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten. Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei vernetzten Geräten.

PRODUKTE NACHHALTIGER UND SICHERER MACHEN

Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicherer machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt. Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis, verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige Produkte, die repariert und recycelt werden können. Wir fordern eine verbindliche europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten. Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling sicherstellt.

4 WER BRAUCHT SCHON GRUND- UND MENSCHENRECHTE?

Grund- und Menschenrechte sind das Rückgrat unserer Demokratie. Sie sind zentrales Element des europäischen Konsenses und Teil der Entwicklung jeder zivilen Gesellschaft. Wer bei den Grund- und Menschenrechten zurückweicht, riskiert Frieden und Freiheit, gefährdet mutwillig Menschenleben und droht mit dem Rückschritt in alte, dunkle Zeiten. Europa war im Sinne der Aufklärung und Emanzipation in vielerlei Hinsicht Vorbild und darf diesen Anspruch nicht verlieren. Europas Werte basieren auf der Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind dafür ausschlaggebend. Wir verteidigen diese Werte Europas und eine offene Gesellschaft, denn mittlerweile scheinen diese genauso wenig selbstverständlich wie die Reisefreiheit in der EU. Nationale, zunehmend autokratisch orientierte Regierungen innerhalb Europas treten die Rechte Andersdenkender mit Füßen, unterbinden Meinungsfreiheit und gefährden die Unabhängigkeit von Justiz bzw. Medien, und damit den europäischen Konsens.

Auch in Österreich werden demokratische Grundregeln zunehmend verletzt. Wir sind die Stimme der Menschlichkeit, wo andere Hass schüren, Menschen ausgrenzen und Gesellschaften spalten.

Die Grünen sind eine emanzipatorische Partei, die sich für individuelle Selbstbestimmung, Pluralität und Freiheit stark macht. Patriarchale Strukturen, welche z.B. die Selbstbestimmung von Frauen einschränken, lehnen wir ab; stattdessen stärken wir die Rechte von Frauen und die Gleichstellung.

4.1. MIT HERZ UND HIRN FÜR EIN EUROPA DER MENSCHLICHKEIT

Solidarität kennt keine Grenzen. Grund- und Menschenrechte wie das Recht auf Asyl sind Basis für die geeinte Europäische Union. Umso wichtiger sind gemeinsame Regeln für Migration und den Umgang mit Schutzbedürftigen. Die Grünen stehen für eine verantwortungsvolle, menschliche Politik, die mit Verstand und Empathie zur Lösung der aktuellen Probleme beiträgt, ursachenorientiert ist und nicht in billigen Populismus verfällt. Internationale Zusammenarbeit ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Fluchtursachen, zur geordneten Steuerung von Migration und zum besseren Schutz vor Diskriminierung, Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen. Die Staaten Europas haben die Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen.

DAS RECHT AUF ASYL VERTEIDIGEN

Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Wir wollen eine Asylpolitik, die auf Solidarität, Menschlichkeit und einem geordneten Prozess basiert, der eine gerechte Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Mitgliedstaaten vorsieht. Wir wollen, dass die EU Länder und Gemeinden unterstützt, die Geflüchtete oder Migrant*innen aufnehmen. Menschen gehören nicht ins Gefängnis, nur weil sie Asyl suchen.

Es ist dringend erforderlich, eine gerechte Alternative zum derzeitigen Dublin-System zu entwickeln, bei dem hauptsächlich die Grenzmitgliedstaaten für Flüchtlinge zuständig sind. Außengrenzkontrollen müssen sicherstellen, dass bedürftige Menschen einen Asylantrag wirksam und rechtsstaatlich stellen können und sie Zugang zu einem Asylverfahren haben. Sie müssen registriert und gerecht auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Die familiären Bindungen von Asylwerber*innen und andere enge Verbindungen zu einem Mitgliedstaat müssen berücksichtigt werden. Wir wollen auch Umsiedlungen und humanitäre Visa für Flüchtlinge in Drittländern einführen. Länder, Regionen und Städte sind zu unterstützen, die viele Flüchtlinge oder Migrant*innen aufnehmen. Das Europäische Parlament sollte die demokratische Kontrolle über die Durchführung von Grenzkontrollen, formelle und informelle Abkommen mit Drittländern sowie die Asyl- und Migrationspolitik haben.

MIGRATION & INTEGRATION

Menschen sind schon immer aus den verschiedensten Gründen ausgewandert – und werden es auch immer tun. Wir müssen sicherstellen, dass Migrant*innen mit Würde und unter Achtung ihrer grundlegenden Menschenrechte behandelt werden. Wir setzen uns für gemeinsame Normen und gemeinsame Regeln für Arbeitsmobilität und Migration ein. Europa muss legale und sichere Migrationskanäle schaffen. Wir können Neuankömmlingen Chancen bieten, so wie sie uns Chancen ermöglichen. Die Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Fähigkeiten, die Bereitstellung von Sprachunterricht und die Bekämpfung von Rassismus können allesamt dazu beitragen, Neuankömmlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aktuell passiert in Österreich – vor dem Hintergrund eines akuten Fachkräftemangels – gerade das Gegenteil. Anstatt eine Lösung der Menschlichkeit und der wirtschaftlichen Vernunft durchzusetzen, werden bestens ausgebildete Lehrlinge mit guten Deutschkenntnissen abgeschoben. Die Lehre für Asylwerber*innen ist eine hervorragende Integrationsmöglichkeit und könnte den dramatisch wachsenden Lehrlingsmangel deutlich verringern.

4.2. GRUNDRECHTE WAHREN – RECHTSSTAATLICHKEIT SICHERN

Die Rechtsstaatlichkeit ist in Europa zunehmend gefährdet. Die EU braucht einen verbindlichen und umfassenden Mechanismus zur regelmäßigen Überwachung des Zustands der Demokratien, der Rechtsstaatlichkeit, der Presse- und Meinungsfreiheit und der Grundrechte in allen EU-Mitgliedstaaten. Es braucht ein System, das den politischen Dialog fördert, ein schnelles Eingreifen ermöglicht und Unterstützungsmaßnahmen für unabhängige Medien und die Zivilgesellschaft ergreift und gegebenenfalls angemessene Sanktionen verhängt. Wir wollen eine erheblich bessere institutionelle Kontrolle der EU-Mittel, um Korruption zu verhindern, und eine starke europäische Staatsanwaltschaft. Die EU muss Minderheiten zuverlässig vor jeder Art von Diskriminierung schützen. Aktivist*innen, Journalist*innen und Whistleblower, die geheime Informationen im öffentlichen Interesse preisgeben, sind zu schützen. Nationalen Regierungen, die die Rechtsstaatlichkeit untergraben, muss die Kontrolle über EU-Mittel entzogen werden, während die Endbegünstigten geschützt werden müssen. Korruption muss entschlossen bekämpft werden.

Schon bislang waren die Grünen bei der Betrugsbekämpfung die aktivste Treiberin. Wir konnten dafür sorgen, dass das Europäische Parlament zahlreiche konkrete Vorschläge für stärkere Kontrollen und zur Betrugsverhinderung bei der Ausgabe öffentlicher Mittel unterstützte.

VIelfALT UND GLEICHBERECHTIGUNG LEBEN

Europas Vielfalt ist seine Stärke – ob in der kulturellen Vielfalt, der Sprachvielfalt oder der Möglichkeit, unterschiedliche Lebensentwürfe in einer Gesellschaft zu leben, die respektiert und geschätzt werden. Wir verurteilen jede Art von Diskriminierung, die auf Grundlage von Geschlecht und sexueller Identität, Klassenzuschreibung oder Ethnie erfolgt. Wir stehen für die Gleichberechtigung von Personen, die sexuellen und geschlechtsspezifischen Minderheiten angehören (LGBTIQ*). Nirgendwo in ganz Europa sollen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente oder intergeschlechtliche Menschen ein Leben in Angst verbringen müssen. Alle sollten das Recht haben, so zu leben, wie sie möchten, an das zu glauben, an was sie möchten, und zu lieben, wen sie lieben möchten. Die Beziehungen gleichgeschlechtlicher Paare und ihrer Familien müssen gleichermaßen rechtlich anerkannt werden. Menschen sollten das Recht haben, ihre geschlechtsspezifische Identität und ihren Lebensstil zu bestimmen, einschließlich der rechtlichen Anerkennung der Geschlechter.

4.3. MEDIENVIelfALT, BÜRGER*INNEN-RECHTE UND ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Eine starke Zivilgesellschaft und Bürger*innen-Rechte sind elementarer Bestandteil der Demokratie. Sie sind bei der Verteidigung und Vertiefung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu unterstützen. Europa muss auch seine Kapazitäten zur Verteidigung gegen Einmischungen von außen ausbauen, wie z.B. Versuche, Wahlen zu beeinflussen, oder die Verbreitung von Fake News und Hass. Die Brexit-Abstimmung, die auch von russischen Troll-Fabriken beeinflusst wurde, ist dafür ein warnendes Beispiel. Demokratie kann nur funktionieren, wenn Meinungsfreiheit herrscht und Medien unabhängig sind. Wir wollen den investigativen Journalismus stärker unterstützen und bedrohte Journalist*innen verteidigen. Whistleblower – Menschen, die Informationen im öffentlichen Interesse preisgeben – müssen vehement geschützt werden.

In einer zunehmend digitalen Welt ist der Schutz von Freiheit und Menschenrechten im Internet von wachsender Bedeutung. Wir setzen uns für Netzneutralität – den Grundsatz, dass alle Daten gleich behandelt werden müssen – als Grundlage eines offenen Internets ein. Der Schutz der Menschenwürde erfordert, dass wir wichtige Entscheidungen über unser Leben nicht nur Algorithmen überlassen. Der Mensch sollte die Oberhand über Algorithmen und Roboter haben. Algorithmen müssen einer öffentlichen Kontrolle unterliegen und frei von Diskriminierung sein. Europa muss bei der Gestaltung internationaler Regeln eine größere Rolle spielen. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir durch die vollständige Überwachung die Menschenrechte der Meinungsfreiheit, der Privatsphäre, der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit und damit den Kern unserer Demokratie verlieren.

DIE PRIVATSPHÄRE EUROPaweIT SCHÜTZEN

Grundrechte sind ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Identität. Heute geht es darum, die Grundrechte im digitalen Zeitalter zu erneuern. Individuelle Daten gehören den Einzelnen und nicht Staaten oder Firmen. Privatheit soll als unteilbares Element der Würde des Menschen anerkannt werden und auch im Internet Geltung erlangen. Die Vor-ratsdatenspeicherung muss zurückgenommen werden und neue Überwachungsprojekte der Europäischen Union wie

z.B. die Erfassung von Reisebewegungen sollen gestoppt werden. Durch eine Stärkung der europäischen Internettechnologie erlangen wir Souveränität über unsere eigenen Daten. Wir wollen ein freies, offenes und neutrales Netz. Auf-decker*innen staatenübergreifender Missstände müssen internationalen Schutz genießen.

DAS FREIE INTERNET ERMÖGLICHEN

Die intensive Auseinandersetzung um die neue EU-Copyright-Richtlinie macht deutlich, wie wichtig der Kampf um ein freies Internet ist. Besonders umstritten sind die Artikel zu einem sogenannten Leistungsschutzrecht und Upload-Filtern. Ersteres sieht ein Verbot der Verbreitung von Textfragmenten ohne Bezahlung vor. Der Artikel 13 der Reform besagt, dass Plattformen für Urheberrechtsverletzungen von Nutzer*innen haften und sich Lizenzen von Rechteinhaber*innen sichern müssen. Sogenannte Upload-Filter, die Inhalte im Vorfeld auf Verletzungen prüfen und deren Veröffentlichung blockieren, werden damit ermöglicht. Nicht-kommerzielle Medienarchive, wie jenes von Wikipedia, wären damit in ihrer Existenz bedroht. Unser Ziel ist es, eine Regelung zu schaffen, die Künstler*innen für die von ihnen geschaffenen Werke gerecht entlohnt – und gleichzeitig eine freie Internetkultur erhält.

WHISTLEBLOWER SCHÜTZEN

Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Financen nötig, sondern hat auch bei anderen illegalen Machenschaften zu gelten. Auf Druck der Grünen-Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeug*innen-Schutzprogramms, um Whistleblower vor Racheakten zu schützen.

4.4. DIE EU TRANSPARENTER, DEMOKRATISCHER, EFFIZIENTER GESTALTEN

Die Europäische Union muss sich erneuern. Wir sind bestrebt, die EU transparenter, demokratischer, effektiver und effizienter zu machen. Aktuell verhindern häufig einzelne Nationalstaaten große Reformen und Zukunftsinitiativen. Ob im Kampf gegen die Klimakrise, bei der Durchsetzung von Steuergerechtigkeit oder bei gemeinsamen Regeln zur Migration: Es sind immer einzelne Nationalstaaten, die sich querlegen. Die EU soll sich zu einer vollwertigen supranationalen Demokratie weiterentwickeln, in der alle öffentlichen Entscheidungen transparent von gewählten und politisch verantwortlichen Vertreter*innen getroffen werden. Der Widerstand einer Handvoll Mitgliedstaaten sollte nicht verhindern, dass die große Mehrheit vorankommt. Deshalb sollte das Einstimmigkeitserfordernis im Allgemeinen durch das normale Gesetzgebungsverfahren ersetzt werden. Das Europäische Parlament muss die Befugnis haben, Rechtsvorschriften zu erlassen und seine Mitentscheidungs- und Kontrollrechte in allen Bereichen auszuüben.

Es müssen weitere Schritte in Richtung „einer noch engeren Union“ unternommen werden. Im Rahmen der geltenden Verträge kann viel getan werden: sei es über einen parlamentarischen Konvent, der der Zivilgesellschaft offensteht, oder eine gewählte verfassungsgebende Versammlung, deren Mandat vom Europäischen Parlament und den Vertreter*innen der Mitgliedstaaten mitentschieden wird, die mit qualifizierter Mehrheit handeln. Die endgültige Entscheidung über Vertragsänderungen sollte durch ein unionsweites Referendum der europäischen Bürger*innen getroffen werden.

Wir konnten bereits viele Maßnahmen für mehr Integrität und Transparenz in den Organen der EU erreichen. Dank einem Bericht der grünen Fraktion wurde die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments so geändert, dass Lobbyist*innen, wie beispielsweise Monsanto, die nicht vor parlamentarischen Ausschüssen erscheinen, der Zugang zum Parlament verweigert werden kann. Die Europaabgeordneten werden aufgefordert, sich nur mit registrierten Lobbyist*innen zu treffen. Bei der Erarbeitung von Gesetzestexten müssen Abgeordnete nun die Namen der Lobbyist*innen veröffentlichen, die sie zu Beratungen treffen. Dies ist ein großer Schritt in Richtung einer transparenteren EU, in der Bürger*innen nachverfolgen können, wer Einfluss auf Gesetzestexte nimmt.

STÄRKUNG DES EUROPAPARLAMENTS

Das Europäische Parlament ist direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können. Zur Stärkung des

Europaparlaments zählt auch ein echtes Initiativrecht, also die Möglichkeit, als Parlament eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Derzeit beschränkt sich dieses Recht darauf, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Langfristig plädieren wir für eine zweite Kammer, die von den Mitgliedstaaten demokratisch beschiedt wird. Sie bildet zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

EU-weite Wahlen von Kandidat*innen über Ländergrenzen hinweg können Ländergrenzen sprengen und eine EU-weite Öffentlichkeit aufbauen. Transnationale Listen bieten den Parteien die Chance, EU-weite Wahlprogramme zu entwerfen und die Bürger*innen in der gesamten Europäischen Union anzusprechen.

TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION

Bürger*innen haben das Recht zu erfahren, wie Entscheidungen getroffen werden und wofür ihr Geld ausgegeben wird. Alle Standpunkte der Mitgliedstaaten im Rat sollten veröffentlicht werden. Mit Beschluss von Jänner 2019 zum verpflichtenden „Legislativen Fußabdruck“ ist eine wichtige Grundlage geschaffen worden: Mehr Transparenz im Lobbyismus stärkt das Vertrauen in das Europaparlament. Die Bürger*innen sollen in Zukunft Klarheit über den Lobbyeinfluss auf Gesetze bekommen und durch den Legislativen Fußabdruck schon bei der Entstehung eines Gesetzes sehen, welche Lobbyist*innen darauf Einfluss nehmen. Das bisher freiwillige Transparenzregister erlaubt nur einen groben Überblick über die rund 12.000 Lobby-Organisationen in Brüssel. Der verpflichtende Legislative Fußabdruck des Parlaments erlaubt zusammen mit den verpflichtenden Lobbyregeln für die EU-Kommission ein höheres Maß an Transparenz in der EU-Gesetzgebung. Generell ist die Transparenz zu Abstimmungen und Gesetzesverfahren deutlich höher als in vielen nationalen Parlamenten.

Die Europäische Bürgerinitiative ist ein willkommener Mechanismus, um die Menschen in die europäische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Ihr Versprechen wird jedoch aufgrund bürokratischer Hürden und schlechter politischer Unterstützung durch die Europäische Kommission nicht vollständig erfüllt. Die Verfahren sollten vereinfacht werden und es sollte den Bürger*innen möglich sein, eine Reform der EU-Verträge vorzuschlagen. Die Regeln müssen auch verbessert werden, damit Initiativen nicht unbeantwortet bleiben und zu konkreten Maßnahmen führen.

4.5. FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG IN EUROPA

Die auseinanderklaffende Lohnschere, fehlende Kinderbetreuungsplätze, insbesondere im ländlichen Raum, sexuelle Gewalt, antifeministische Vorhaben wie der Zwölfstundentag oder die Indexierung der Familienbeihilfe und die zunehmende Akzeptanz von rassistischen und rechtsnationalen Regierungen zeigen, wie wichtig der Kampf um Frauenrechte und Gleichstellung ist. Auch auf europäischer Ebene. In den letzten Jahren hat die zunehmend wieder dominante rechte und teilweise frauenfeindliche Gesellschaftspolitik einen regelrechten Rückfall in Fragen der Gleichstellung ermöglicht. Dieser Backlash macht auch vor dem Europaparlament nicht Halt. Die Gleichstellung der Geschlechter steht im Mittelpunkt Grüner Politik. Europa muss geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen, wie es im Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der Istanbul-Konvention, festgelegt ist. Alle europäischen Länder haben die Istanbul-Konvention als Priorität zu behandeln und umzusetzen.

Wir sind entschlossen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine ausgewogenere Zusammensetzung der Machtstrukturen zu gewährleisten. Wir wollen auch, dass alle Regierungen und Institutionen die wahre Vielfalt der Europäer*innen anerkennen und alle Formen von Diskriminierung und Gewalt, einschließlich gegen LGBTIQ*, bekämpfen und verhindern. International lang erkämpfte Frauenrechte werden unterbunden bzw. angegriffen, wie etwa die Diskussion rund um die gesetzlichen Grundlagen für den Schwangerschaftsabbruch in Polen beweist. Auch in Österreich besteht die Gefahr, dass die Rechte von Frauen infolge der von der Regierung beschlossenen Kürzungen für Frauenberatungsstellen beschnitten werden. Dem reaktionären Rückfall bei Frauenrechten stellen wir entgegen, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in die Charta der Grundrechte der EU aufzunehmen. Informationen über Empfängnisverhütung und Abtreibung sollten in allen Ländern leicht zugänglich sein.

Die EU muss eine offensive Gleichstellungsstrategie zur Grundlage für die zukünftige Gleichstellungspolitik machen. Bei dem derzeitigen Tempo der Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung in Europa würde es immer noch 70 Jahre dauern, bis ein gleiches Lohnniveau erreicht ist; 40 Jahre, bis die Hausarbeit gleichmäßig verteilt ist, und 20 Jahre, bis eine ausgewogene Vertretung in der Politik erreicht ist. Wir sind nicht bereit, so lange zu warten. Geschlechterquoten in den Vorständen großer Unternehmen und Parität in den Exekutivausschüssen der EU-Institutionen würden dazu beitragen, Frauen besser in Entscheidungsprozesse einzubinden und die Sichtbarkeit von führenden Frauen zu erhöhen.

Wir wollen Macht gerecht verteilen. Derzeit beträgt der Frauenanteil aller Abgeordneten im Europäischen Parlament nur 36,1 % und nur 9 von 28 Kommissar*innen sind weiblich. Von den acht vertretenen politischen Fraktionen haben nur zwei – darunter wir Grüne – eine weibliche Vorsitzende. Wir fordern die EU-Institutionen auf, Gender Balance herzustellen. Wir kämpfen für ein verpflichtendes Quotensystem auf Führungsebenen in börsennotierten und staatsnahen Unternehmen. Um eine Gleichstellung in Europa zu erreichen, müssen Menschen unterschiedlichen Geschlechts gleichermaßen vom EU-Haushalt profitieren.

Europa muss geschlechtsspezifische Gewalt entschlossen bekämpfen. Oberstes Ziel ist es, jegliche Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen. Die EU-Grundrechteagentur hat erschütternde Zahlen veröffentlicht: Jede dritte Frau in der EU hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren und sogar mehr als die Hälfte aller Frauen sind bereits einmal sexuell belästigt worden. Wir wollen ein Leben frei von emotionaler, psychischer und physischer Gewalt – auch im Internet – erreichen. Frauenhäuser und die Finanzierung von Sozialeinrichtungen müssen EU-weit sichergestellt sein. Außerdem treten wir konsequent gegen Sexismus in der Werbung ein.

4.6. EU ALS FRIEDENSPROJEKT: GEMEINSAME AUSSEN- UND FRIEDENSPOLITIK

Die Europäische Union war und ist in ihrem Kern ein Friedensprojekt – die Unterstützung der Friedenserhaltung ist eine natürliche Rolle für Europa in der Welt. Europa muss sich den vielfältigen Sicherheitsanforderungen stellen, mit denen wir konfrontiert sind, von Fake News und Energieabhängigkeit von undemokratischen Ländern bis hin zu organisierter Kriminalität und extremen Wetterbedingungen, die durch den Klimawandel verstärkt werden. Der Abbau von Ungleichheiten, der Schutz der Umwelt und die Stärkung der Demokratie sind nachhaltige Wege, um die Ursachen gewaltsamer Bedrohungen anzugehen und widerstandsfähige Gesellschaften aufzubauen. Europa muss viel aktiver nach friedlichen Lösungen für bewaffnete Konflikte sowohl in unserer Nachbarschaft als auch darüber hinaus suchen. Wir wollen verstärkt in die zivile Konfliktprävention, Mediation, Versöhnung und Friedenssicherung investieren. Die Beseitigung der Ursachen von Konflikten ist einfacher, billiger und humaner als die Bewältigung der Folgen. Die EU-Länder sind verpflichtet, den Mitgliedstaaten zu helfen und diejenigen zu unterstützen, die Opfer bewaffneter Aggressionen sind. Um den Frieden zu wahren, braucht Europa auch eine gemeinsame Außen- und Friedenspolitik. Wir wollen in die Zukunft wie Bildung, Klimaschutz und Forschung investieren, und nicht in neue Rüstungsmaßnahmen, wie im Rahmen des Europäischen Rüstungsfonds EDID gefordert. Für Neutrale ist es ein Widerspruch, an der Entwicklung eines weiteren Militärbündnisses neben der NATO mitzuwirken. Allein die europäischen NATO-Mitglieder geben mehr Geld für Rüstung aus als etwa Russland.

KEINE WAFFENEXPORTE AN DIKTATOREN UND KRIEGSPARTEIEN

Wir fordern die Einstellung von Waffenexporten an Diktatoren und Kriegsparteien. Europa sollte sich aktiv für die internationale Abrüstung einsetzen, einschließlich des Verbots von Atomwaffen und Robotern, die programmiert sind, um zu töten. Europa darf keine Gewinne aus skrupellosen Exporten von Rüstungs- und Überwachungstechnologien an Diktatoren oder Kriegsparteien erzielen. Strenge Exportrichtlinien müssen strikt durchgesetzt werden.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Verantwortung der Europäischen Union darf nicht an ihren Grenzen enden. Jeder siebte Mensch weltweit hungert, obwohl ausreichend Nahrung vorhanden wäre. Wir unterstützen die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung weltweit – nicht durch Nahrungsmittellieferungen, sondern durch fairen Handel und einen höheren Stellenwert von nachhaltiger Landwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Dafür braucht es nicht nur eine Aufstockung der Mittel der EZA in allen EU-Mitgliedstaaten – allen voran Österreich, das derzeit eines der Schlusslichter ist – auf die seit 1970 versprochene Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens, sondern auch einen effizienteren Mitteleinsatz für die Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen in den betroffenen Ländern.

Europa muss die Mittel für internationale Entwicklungshilfe und humanitäre Maßnahmen aufstocken. Die Mitgliedstaaten sollten mindestens 0,7 % ihrer Wirtschaftsleistung für die Unterstützung von Menschen in Not im Ausland bereitstellen, wobei der Schwerpunkt auf den ärmsten Ländern und den am stärksten gefährdeten Menschen liegen muss. Die teils gute und wichtige Arbeit der EU im Bereich der internationalen Entwicklung wird teilweise durch andere EU-Politiken und Richtlinien konterkariert, etwa durch Handelsabkommen, Steuerabkommen, die zur Überfischung führende Fischereipolitik etc. Stattdessen müssen alle politischen Maßnahmen die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele unterstützen. Auf diese Weise gehen wir auch die eigentlichen Ursachen der unfreiwilligen Migration an. Nachhaltige und effiziente Entwicklungszusammenarbeit braucht außerdem das aktive Empowerment von Frauen.

SCHWERPUNKT WESTBALKAN

Europa hat ein besonderes Interesse und eine besondere Verantwortung für unsere Nachbarländer, sowohl im Osten als auch im Süden. Wir arbeiten daran, den Beitritt der westlichen Balkanländer auf der Grundlage europäischer Werte zu ermöglichen. Wir wollen auch die Zusammenarbeit mit den östlichen Partnern vertiefen. Für uns ist die Förderung eines hohen Niveaus an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten eine Priorität für Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung.

4.7. STÄDTE UND REGIONEN STÄRKEN – DASEINSVORSORGE SCHÜTZEN

Städte und Regionen nehmen eine gewichtige Rolle in Europa ein. Sie erfüllen ganz wesentliche Funktionen im Zusammenleben, stellen die Infrastruktur einer funktionierenden Grundversorgung zur Verfügung und sind Hort gelebter Demokratie. Zudem sind Städte und Regionen Entwicklerinnen von Lösungsansätzen in vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen, so etwa im Klima- und Umweltschutz, wo sich auch auf globaler Ebene die Fähigkeit zur Kooperation gegenüber dem Credo des dauernden Standortwettbewerbs durchsetzt. Eine funktionierende Grundversorgung, also die Bereitstellung von Gütern wie Trinkwasser, aber auch der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und die Verfügbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen sichert die Lebensqualität der Bürger*innen und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei.

EU-REGIONALPOLITIK STÄRKEN UND FÖRDERUNGEN AUSWEITEN

Regionalpolitik ist das wichtigste Instrument zum Ausgleich von wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten in der EU. In manchen Regionen waren EU-Förderungen in der Finanzkrise die einzigen Investitionen aus öffentlichen Mitteln. Regionen müssen weiterhin darauf zählen können, dass EU-Mittel für wichtige Investitionen in soziale Projekte, Klimamaßnahmen und Armutsbekämpfung bereitstehen.

Null-Toleranz gegenüber Korruption ist eine Voraussetzung für die wirksame Nutzung von EU-Geldern. Wo notwendig, müssen die EU-Institutionen das Recht haben, Sanktionen zu verhängen. Dies muss auch auf die korrupten Eliten abzielen, ohne unverhältnismäßigen sozialen und ökonomischen Schaden in den Regionen und Mitgliedstaaten zu verursachen. Wenn ein Mitgliedstaat gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte die Kommission berechtigt sein, die Verwendung von EU-Fonds streng zu überwachen und bei Bedarf diese Mittel direkt zu verwalten.

DASEINSVORSORGE STATT PRIVATISIERUNGSDRUCK

Wir schützen die öffentliche Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung. Dies gilt auch bei Verhandlungen über EU-Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken, die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können. Das größte Risiko geht von möglichen Investor*innen aus, die aufgrund von Gewinnerwartungen gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Deshalb stellen wir uns auch klar gegen ein mögliches Dienstleistungsabkommen TISA (Trade in Service Agreement).

SOZIALEN WOHNUNGSBAU UNTERSTÜTZEN

Investitionen in die soziale Infrastruktur sind in den vergangenen 10 Jahren in der EU um rund 20 % zurückgegangen; die Investitionslücke beim leistbaren Wohnraum wird auf rund 57 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Wien wird in internationalen Foren oft als Beispiel herangezogen, dass leistbares Wohnen durch einen starken sozialen Wohnbau trotz steigender Bevölkerungszahl möglich ist. Neben rechtlicher Sicherheit und Klarheit im Beihilfenrecht der EU, sind bessere Finanzierungsbedingungen, Anti-Spekulationsmaßnahmen und eine verantwortungsvolle Bodenpolitik durch die Kommunen wichtige Elemente.

WASSERVERSORGUNG SCHÜTZEN

Wir werden uns weiterhin jedem Versuch entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen, wie es zum Beispiel im Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) vereinbart wurde. 2013 konnten wir an der Seite der Europäischen Bürgerinitiative Right2Water die Liberalisierungspläne der Europäischen Kommission zurückweisen und eine Ausnahmeregelung für Wasserdienstleistungen im europäischen Vergaberecht durchsetzen. Damit bleiben die Kommunen und Gemeinden zunächst für die öffentliche Daseinsvorsorge bei der Wasserversorgung verantwortlich. Im April 2019 wird die Ausnahmeregelung erneut von der Kommission überprüft. Wir werden uns dafür starkmachen, dass sie in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt.

ENERGIE IN BÜRGER*INNENHAND

Bürger*innen, Kommunen und Regionen, aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk sind entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und Bürger*innen-nahe europäische Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Wir wollen den Bürger*innen noch stärker die Möglichkeit geben, an der Energiewende mit- zuwirken, sei es als dezentrale Energieerzeuger*innen oder als smarte Nutzer*innen. Eine Bürger*innen-Energiewende kann monopolistische und oligopolistische wirtschaftliche Machtstrukturen aufbrechen und Kooperativen, Genossen- schaften sowie Gemeinden und Regionen die Chance eröffnen, selbst über ihre Energieerzeugung zu bestimmen und davon zu profitieren.

5 WER BRAUCHT SCHON JUGENDPERSPEKTIVEN, KULTURELLE VIELFALT UND EUROPÄISCHEN AUSTAUSCH?

5.1. GRENZENLOS LEBEN – GRENZENLOS LERNEN

Junge Menschen sind längst in einem gemeinsamen Europa angekommen. Dennoch wird ihnen die Tür in eine gute Zukunft immer mehr vor der Nase zugemacht. Viele haben Europa durch Studienaustauschprogramme persönlich erfahren. Seit 2014 sind diese Programme als Erasmus+ zusammengefasst. Europa bietet die Chance von den Besten zu lernen. Wir sollten sie nutzen.

Viele Zukunftsanliegen erhalten zu wenig Priorität auf der politischen Agenda: vom Ausbau des umweltfreundlichen, europaweiten Verkehrssystems, über die Digitalisierung und das freie Internet, politische Mitbestimmungsmöglichkeiten und den Kampf gegen die Klimakrise, bis hin zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Wir fordern eine Vervielfachung der europäischen Mittel für den Austausch von Schüler*innen, Lehrlingen und Studierenden. Der Erasmus+-Austausch muss ausgebaut und gefördert werden, damit Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund in einem anderen Land arbeiten, lernen oder studieren können.

JEDE*R JUGENDLICHE ERHÄLT DIE CHANCE AUF EIN INTERNATIONALES BILDUNGSJAHR

Wir setzen uns europaweit für ein möglichst gerechtes und effizientes Schulsystem ein, das Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen lässt und sie möglichst spät trennt und zugleich ihre Talente individuell fördert. Universitätsstandorte profitieren von Studierenden aus anderen Ländern, bringen sie jedoch an ihre Kapazitätsgrenzen. Der Zugang zu den Universitäten braucht eine gemeinsame europäische Lösung.

Teile der Schulausbildung, der Lehre oder des Studiums im europäischen Ausland zu absolvieren bringt zusätzliche Ausbildungsvorteile, Kultur- und Sprachkompetenz. International zu forschen stärkt die Forschungskompetenz. Wir wollen eine Ausweitung aller Austauschprogramme. Jede*r Jugendliche erhält die Chance auf ein internationales Bildungsjahr. Das bisherige Ziel der EU, der Hälfte eines Jahrgangs von Studierenden einen Auslandsaufenthalt in einem anderen europäischen Land zu ermöglichen, wurde noch nicht erreicht. Um in die Welt zu gehen, braucht man eine soziale Absicherung. Daher wollen wir Risiken und Barrieren, die der Mobilität von Studierenden im Wege stehen, ausräumen und eine soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für weniger wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen.

EUROPÄISCHES FREIWILLIGENJAHR

Jung und Alt sollen die Möglichkeit erhalten, im Rahmen des europäischen Freiwilligenjahres für alle 6 bis 12 Monate in einem anderen Mitgliedsland bei einem sozialen, ökologischen, Bildungs- oder Menschenrechts-Projekt mitzuarbeiten. Dafür werden verstärkt finanzielle Mittel der EU und der Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt, sodass alle Interessierten gegen Kost, Logis und ein Taschengeld in diesem Projektfeld aufgenommen werden können. Dies entlastet einerseits den Arbeitsmarkt und bringt andererseits neue Erfahrungen und Lernerlebnisse, inklusive Sprach- und andere Kompetenzen. 16- bis 18-Jährige bekommen die Chance, einmal für eine Woche Brüssel und die europäischen Institutionen zu besuchen. Ähnlich wie für andere Reisewochen soll es dazu gezielte Förderungen von europäischer Ebene wie auch von Bund, Ländern und Gemeinden geben.

5.2. JUGENDARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Jugendliche brauchen überall in Europa eine Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland, Spanien und Italien sind auch unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend. In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch funktionieren.

5.3. EUROPÄISCHE FORSCHUNG FÖRDERN

Forschung und Entwicklung bilden die Basis, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen und unser Leben noch lebenswerter zu gestalten. Ein vertiefter, dynamischer und weltoffener Forschungsraum in Europa ist von zentraler Bedeutung. Europa muss auf Wissen und Wissenschaft aufbauen. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Wert demokratischer Verfassungen. Ihre Grenzen liegen in der Menschenwürde, bei tierethischen Prinzipien und dort, wo hohe Umweltrisiken entstehen. Die EU muss weitere Forschungsmittel in die Zukunftsthemen und die Lösung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen investieren.

FORSCHUNGSPROGRAMM 2020

Wir wollen die Mittel für unabhängige Forschung und Innovation erheblich aufstocken, um große gesellschaftliche Herausforderungen nach dem Erfolg des Programms „Horizon 2020“ zu bewältigen. Der Zeitpunkt, um dies zu ändern, ist genau richtig. Das aktuelle europäische Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ läuft aus. Jetzt können wir ein schlagkräftiges Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt, Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative, nachhaltige Start-ups schafft und die angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Forschungsergebnisse sollen durch das gezielte Fördern von Open-Access-Publikationen allen frei zugänglich gemacht werden. Für umweltverträgliche Zukunftstechnologien wollen wir die Markteinstiegsphase beschleunigen.

SCHUTZ FÜR BEDROHTE WISSENSCHAFTLER*INNEN

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere Tausend Wissenschaftler*innen aus politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn in Ungarn Universitäten bedroht werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir setzen uns dafür ein, dass Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können.

AUFGEKLÄRTER UMGANG MIT FORSCHUNG STATT FAKE NEWS-DISKURS

Der Angriff auf die Forschung betrifft nicht nur die Bedrohung von Wissenschaftler*innen, sondern auch die Art des Diskurses. Wissenschaftliche Fakten werden zu Glaubensfragen (etwa bei der Klimaveränderung) stilisiert, Wissenschaftler*innen öffentlich diskreditiert und komplexe Themen missbraucht, um für Irritation zu sorgen. Hier braucht es eine klare Haltung, die für die Wissenschaft, ihre Unabhängigkeit und Erkenntnisorientierung statt Relativismus steht.

5.4. KUNST UND KULTURELLE VIELFALT

Gerade in einer schwierigen und heiklen Phase wie jetzt, wo der Weg der Europäischen Union viele Weggabelungen zeigt, ist die Rolle von Kunst und Kultur besonders wichtig. Denn letztlich geht es in all den genannten Themenbereichen auch immer um Kultur. Um Diskurs, um Reflexion, um Identität, um das Hinterfragen oder um Tradition. Kunst und Kultur führen uns zusammen und sind Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Wir wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern. Europa hat in seiner wechselhaften und oft dramatischen Geschichte ein kulturelles Verständnis ausgeprägt, das weit über seine Grenzen hinaus eine hohe Anziehungskraft entfaltet. Die Dichte der Theaterlandschaft, seine vielfältige Musik, bildende Kunst und Literatur, seine Museen, Bibliotheken und Architektur formen in ihrem historischen Bewusstsein und in immer wieder neuen Gestaltungen kulturelle Bezugspunkte in unseren Städten und Gemeinden. Wir wollen eine europäische Kulturpolitik, die die vielen regionalen kulturellen Ausprägungen seiner 500 Millionen Bewohner*innen lebendig hält.

Wir unterstützen kulturelle Vielfalt, künstlerische Freiheit und den Zugang zur Kultur für alle. Eine lebendige Kulturpolitik, die Vielfalt und Innovation zulässt und fordert, ist eine wichtige Grundlage zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa. Der Kulturreichtum Europas macht unsere Gesellschaften nicht immun gegen Populist*innen und den neuen Nationalismus von rechts und links. Allzu oft werden Kulturgüter und Bräuche von demokratiefeindlichen Gruppen für ihre Zwecke missbraucht. Aber Kultur ist auch das Banner, unter dem sich die Kräfte der Freiheit vereinen. Wir wollen, dass Europa die Kraft der Kultur als zentrales Instrument der Demokratieförderung viel stärker in den Blick nimmt.

Schon bislang konnten die Grünen wichtige Akzente setzen: Wir haben erfolgreich durchgesetzt, dass es mehr EU-Investitionen in die Kreativ- und Kulturwirtschaft durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und das Programm „Kreatives Europa“ gibt. Bei der Verteidigung der Grundrechte und sprachlichen Rechte von Minderheiten waren wir zentraler Treiber. Dank unserer Initiative führte die EU in ihrer Außenpolitik einen neuen Bereich für Kulturdiplomatie und kulturelle Zusammenarbeit ein.

SELBSTBESTIMMTE UND UNABHÄNGIGE KUNST- UND KULTURSZENE

Wir wollen, dass möglichst viele Menschen in Europa an kulturellen Diskursen beteiligt sind, um das wechselseitige Kennenlernen und die Auseinandersetzung mit den Werten der jeweils anderen zu befördern, die Diversität in Kulturinstitutionen und bei Projektförderungen zu erhöhen und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Es ist zudem Aufgabe der Politik, für die faire Bezahlung künstlerischer Leistungen zu sorgen. Die Vergabe von Fördermitteln muss transparent und gerecht erfolgen. Wir wollen Künstler*innen und Kreative in die Lage versetzen, dass ihre Werke angemessen vergütet werden.

EUROPÄISCHEN FILM FÖRDERN

Wir wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken, künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer Filme stärker unterstützen. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, die Anzahl der geförderten Projekte und Filme zu erhöhen, sondern den Spielraum zu erweitern: durch entsprechende Schwerpunktsetzungen, aber auch durch Kriterien, die z.B. an Nachhaltigkeit orientiert sind; ökologisch und sozial nachhaltige Kriterien spielen in der Filmproduktion eine immer größere Rolle. Dies soll insbesondere durch die Unterstützung bei entsprechenden Aufwandsentschädigungen für kleine Unternehmen forciert werden. Filmproduktionen haben wie andere kreative Berufe auch, die Eigenschaft, mit unregelmäßigen und wenig familienfreundlichen Arbeitszeiten bzw. hoher Flexibilität einherzugehen. Ziel ist es, durch Förderinstrumente diesen Druck auf die Akteur*innen herauszunehmen und Geschlechtergerechtigkeit zu unterstützen.

